

Er scheint täglich außer Montags... Abonnement-Preis für Berlin...

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeitspalte...

Verantwortlicher: Amt 6, Nr. 4106.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 19. Februar 1891.

Expedition: Benth-Strasse 3.

Die Handwerker-Konferenz.

Im Monat März soll auf Grund einer kaiserlichen Verfügung in Berlin eine Handwerker-Konferenz zusammen...

Wir glauben nicht, daß die Konferenz ein neues und ersprießliches Mittel finden wird.

Das Handwerk ist unserer Meinung nach unrettbar dem Untergang verfallen, wenn auch sein Todeskampf noch eine Weile dauern wird.

Die Handwerker-Konferenz wird sich einer so un-

geheuren sozialen Erscheinung gegenüber auf die alten unzulänglichen Mittel beschränkt sehen.

Dieser Gedanke ist ohne Zweifel moderner als der ganze Kunst- und Innungsplunder; aber seine praktische Bedeutung ist gleich gering.

Das sind die Ideen, welche zur „Retting des Hand-

werks“ bis jetzt in den Häuptern bürgerlicher „Denker“ ausgebrütet worden sind.

Das Handwerk nimmt in Deutschland einen verhältnismäßig noch breiten Raum ein, aber sein Untergang naht mit unheimlicher Geschwindigkeit.

Wenn irgend eine Erscheinung beweist, daß wir in den Sozialismus hinein wachsen, so ist es diese, wenn auch die Richter und Genossen es nicht begreifen können.

Im Spiegel des Auslands.

Man schreibt uns aus Mailand vom 11. Februar 1891: Die heutige Nummer des Mailänder Blattes: „Italia del Popolo“ bringt den folgenden Leitartikel:

Der gefürchte „Corriere della Sera“ enthält unter der Ueberschrift: „Ein Skandal unter den deutschen Arbeitern“, einen Bericht aus Berlin folgenden Wortlauts:

Ein Skandal und ein wüthender Zwiespalt ist unter den deutschen Sozialdemokraten ans Tageslicht gekommen.

Diese Enthüllungen von Karl Marx sind ein wahrer Keulen-

schlag gegen das Zentralkomitee von Berlin.

Der Skandal ist um so größer, als das Zentralkomitee bestehend u. A. aus Bebel, Auer und Liebknecht auf dem Kongress zu Halle das Einverständnis ihres Programms mit den Lehren von Marx laut rühmte.

Wegen Raummangels verspätet.

Der „Corriere della Sera“ (Abendcourier) ist nächst dem „Secolo“ wohl das verbreitetste Blatt nicht nur in Mailand, sondern auch in Italien.

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

142

Bei Mama.

Roman von Arne Garborg.

Dieses Thier — er wollte doch nicht —? Diese alte, klatzose, elkhafte Bestie; etwas so Gemeines, so Niederträchtiges...

— Jönaes hatte einen Posten in der Kreditbank erhalten; statt seiner rückte Moe zum ersten Buchhalter empor.

Schlimmer kam es als Moe freite; denn ihm war es Ernst. Er überraschte sie und that ihr schrecklich leid.

er brauchte eine tüchtige, verständige Person, keine solche Thörin, wie sie... „Sie können mir also nicht die geringste Hoffnung geben?“ fragte er...

— Nun wurde Janny nervös; wollte denn alle Welt freier? — sie begann selbst Uhermann zu misstrauen. Ob es nur der neunte Juni war?

Der 9. Juni 1880, an welchem das absolute Veto, wie schon früher erwähnt, endgiltig verworfen wurde; dieser Beschluß hatte wichtige Folgen.

ihm folgte das Kabinett Selmer. Der König gab seine Sache aber

noch nicht auf. Die Thronrede beim Sessionschluß 1882 erklärte, er halte „unerschütterlich“ an seiner Auffassung fest.

Ueberzahl. Am 21. April 1882 beschloß sie, das Ministerium Selmer wegen Aufrichterhaltung des absoluten Veto und anderer Verfassungsverletzungen in Anklagezustand zu versetzen.

Henrik Bergeland, der größte Lyriker Norwegens, Freiheitsmann aus den Dreißigerjahren (1808—1848).

telegraphische Nachricht des „Journal de Geneve“, eines politischen Organes und Prescriptis, läßt sich in Wahrheit sagen: So viel Worte, so viel Lügen.

Wäge der Leser dem folgenden urtheilen, wach ein Ragout von Verleumdung und Lügen hier zusammengebracht und von dem „Corriere“ seinen Lesern zum köstlichen Schmaus vorgesetzt worden ist.

Erstens. Engels soll von der deutschen Regierung gekauft worden sein, um in der „Neuen Zeit“ eine Schrift von Marx voll Feindschaft gegen Bebel, Kuer und Liebknecht zu veröffentlichen.

Die Wahrheit ist: Die „Neue Zeit“ ist das offizielle wissenschaftliche Organ der deutschen sozialdemokratischen Partei. Bebel, Liebknecht und Kuer sind Hauptmitarbeiter dieser von ihrem Freunde und Genossen, dem Reichstagsabgeordneten Diez in Stuttgart geleiteten Zeitschrift.

Engels ist seit mehr als 40 Jahren (sein Buch „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ erschien 1845) der gesammten sozialwissenschaftlichen Welt als Forscher auf sozialökonomischen Gebiet wie als lauterer Charakter bekannt. Nur die tiefste Unwissenheit eines Blödsinnigen kann einen solchen Mann den Lesern vorführen als von der deutschen Regierung gekauft. Ferner: Engels ist der persönliche Freund von Liebknecht und Bebel, die sich vor kurzem erst nach London begaben, um Engels die Glückwünsche der deutschen sozialdemokratischen Partei zu seinem 70. Geburtstag zu überbringen. Dort wird die Veröffentlichung der Kritik von Marx, die auch schon im Volkstrotz „Vorwärts“ erschien, vereinbart worden sein.

Zweitens. Die Veröffentlichung dieser Kritik soll nach dem „Corriere“ ein Keulenschlag sein gegen das Zentralkomitee in Berlin, welches sein Programm auf dem Kongress zu Halle als im Einverständnis mit den Theorien von Marx erklärte.

Die Wahrheit ist: Auf dem letzten Kongress zu Halle führte Liebknecht in öffentlicher Rede die großen Mängel vor, welche das noch geltende Programm der Partei enthält, sowie die Nothwendigkeit, das Programm nach der wissenschaftlich-radikaleren Richtung abzuändern. Insbesondere erklärte er unter Anderem, daß die Lassalle'sche Lehre vom „ehernen Lohngesetz“, welche das Programm noch aufstellt, wissenschaftlich unhaltbar sei und fallen müsse u. s. w., worüber sich ein heftiger Zeitungskampf in zahlreichen Blättern der bürgerlichen Parteien Deutschlands erhob.

Dieses nach dem Wortlaut noch heute geltende Programm welches Liebknecht in eben jener Rede eine in Kampf und Schlachten versetzte Fahne nannte, ist, wie jeder weiß, der auch nur oberflächlich von der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung gehört hat, ein im Jahre 1875 abgeschlossener Kompromiß zwischen den beiden bis dahin sich feindselig gegenüberstehenden Bruderparteien der deutschen Arbeiterwelt, den „Vassalleonern“ und den sogenannten „Eisenachern“ unter Bebel und Liebknecht. Es ist allgemein bekannt, daß Marx von Anfang an den nationalen und enger begrenzten Standpunkt Lassalle's, welcher, um die Arbeiterfrage in Deutschland lebendig zu machen, zunächst praktische Ziele ins Auge faßte, aufs heftigste bekämpfte. Ein Anstoß dieser Bekämpfung ist die heut veröffentlichte Kritik von Marx. Sie wurde niedergeschrieben vor 16 Jahren vor dem Einigungskongress und sollte auf das neu abzuschließende Programm in radikaler Richtung einwirken.

Damals aber galt es vor Allen, die Vereinigung zu Stande zu bringen, deren Gelingen von geschichtlicher Bedeutung für Deutschland geworden ist. Zu diesem Behufe mußten Zugeständnisse erheblicher Art von beiden Seiten gemacht werden und so ist das Programm entstanden, gegen welches heute die nachgelassene Kritik von Marx sich wendet.

Seit diese Kritik geschrieben wurde, ist mehr als ein halbes Menschenalter verfloßen. Mächtig hat sich in dieser Zeit, in diesem Kampf mit den herrschenden Gewalten, die soziale Bewegung in allen Kulturländern der Erde entwickelt. Am meisten ist sie in Deutschland vorwärts gegangen, wie heute die Welt weiß. Es ist ein Zeichen der Stärke und der innerlichen Festigkeit der sozialdemokratischen Partei in Deutschland, wenn heute eine so scharfe Kritik an das alte Programm gelegt und der freien öffentlichen Besprechung unterworfen wird.

Das neue Programm festzustellen, wird die Aufgabe des nächsten Kongresses sein, der in diesem Herbst stattfinden soll. Es ist kein Zweifel, daß es in wichtigen Punkten noch der radikaleren Richtung, welche die Kritik von Marx angeht, ausgebaut und geändert werden wird. Und wenn das geschieht, so wird das neue Programm der Ausdruck sein der heut geltenden seit 1875 so sichtbar veränderten Zustände und Bedingungen des Kampfes. Wenn es möglich war, unter einem mangelhaften Programm die Siege zu erringen, welche die deutsche Sozialdemokratie heute aufzuweisen vermag, so dürfen die deutschen Arbeiter ganz gewiß mit stolzer Zuversicht, gebunden durch den Rückblick auf ihre Geschichte, dem kommenden Jahrzehnt, das ist dem Ende dieses Jahrhunderts entgegengehen.

Die „Italia del popolo“ trägt diesen Ausführungen die Worte hinzu:

Und nun vergleiche der Leser die im Vorstehenden gegebenen

Auf ehrliche Kameradschaft, und keine Komplimente, hörst Du?“ — „Nein, nur Wahrheiten Staal, Du!“ — Er trank; dann sagte er ihre Hand und drückte dieselbe feierlich.

Es wäre entsetzlich, wenn dieser ausgezeichnete, prächtige Junge —! Sie hatte ihn lieb, sie hatte ihn sehr lieb, allein nicht auf diese Art; — warum? Gott weiß es Sie begann sich zu wehren. Sie erzählte ihm sie sei ein schlechtes Geschöpf; ihre Familie sei schlecht; sie habe keine Erziehung, keine Manieren, keinen Verstand; das einzige, was ihre Selbstachtung noch ansrecht erhalte, sei ihr heiliger Eusschluß, nicht zu heirathen; so wurde doch wenigstens kein Anderer durch sie unglücklich; kein Mensch konnte sich vorstellen, wie schlecht sie sei! — Er antwortete mit Lobreden. Er pries ihre Natürlichkeit, ihre Freische; das ist gerade das Herrliche an Dir, daß Du so unerzogen bist! Keine Formen, keine Vorurtheile, keine Schule, ein freies, offenes Naturkind Weist Du, wie die Griechen ihre Liebesgöttin nannten? — Anadyomene . . . die aus dem Meer aufgetauchte . . . Du bist jung und frisch aus dem Volksmeer selbst entsprossen. Dein Vater — ein wilder, zügelloser Räuber, ein Waldtroll, ein Röt*) aus den großen Hochland-Wasserläufen, und Deine Mutter? — eine Näherin, eine Pedersen,**) eine Freundin der alten Kari; sie konnte Dich nicht Damenmoden lehren oder Deinen trügigen Sinn zähmen! — Und bei all dem bist Du begabt, aufwärts strebend, gejagt und getrieben vom inneren Drang, das Höchste zu erreichen; Du bist soviel vom Weib der Zukunft, als die Gegenwart leisten kann! — Sag' mir, weist Du . . . für mich liegt Dein ganzes Wesen drin . . . weist Du, daß Du so ein kurzes, lönniges, troisches, knabenhaftes Jutüchverfen des Radens hast . . . ich würde Dich unter Hunderttausenden erkennen, sobald ich nur diesen lähn graziosen, freigebornen Maden sehe . . . —

„Ja, ich habe gewiß nur allzuwiele Ungezogenheiten,

Thatsachen mit dem Bericht des „Corriere della Sera“, eines Blattes, welches sich brüsst mit seinem Beruf, in Mailand und in Italien die tonangebende Klasse, die gebildete Gesellschaft zu vertreten.

Und so retten sie ihre Gesellschaft.

Politische Uebersicht.

Berlin, 18. Februar.

Die heutige Sitzung des Reichstags glich den vorhergehenden wie ein Ei dem anderen, nur daß die in Frage stehenden Paragraphen einen anderen Buchstaben hinter der Ziffer 105 trugen — und außerdem war die Debatte etwas langweiliger. Handelt es sich doch stets um die gleiche Sache und das gleiche Spiel: Hier die in schönster „Interessen-Harmonie“ geeinte kapitalistische Mehrheit des Reichstags, welche die widerwillig im Prinzip zugestandene Sonntagsruhe in der Praxis gegenwärtig wieder wegweisen — dort das Häuflein der Sozialdemokratie, das die Sonntagsruhe zu einer Wahrheit machen will. Immer dieselbe Sache, immer dasselbe Spiel, immer dieselben Gründe und Scheingründe!

Einen Beigeschmack von Komik erlangte die heutige Debatte dadurch, daß Seitens der manchesterlichen Parteien (Volkspartei und Fortschrittspartei) konstitutionelle Fragen mit dem Ernst von Aguren, die nicht unter sich sind, aufgeworfen wurden. Nach § 105 g „Lamm“ nämlich „durch kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesraths“ das Verbot der Sonntagsarbeit „auf andere Gewerbe“ (als die im Gesetz bestimmten) „ausgedehnt werden“. Vor dieser „Ausdehnung“ grant es den Manchesterleuten, obgleich die Regierung wahrhaftig keinen Anlaß zu solchen Verfügungen gegeben hat. Und nun kommen die Verfassungsbedenken. Es soll dem Ansehen und dem Rechte des Reichstags gefährlich sein, wenn derartige Befugnisse der Kontrolle des Reichstags entzogen werden u. s. w. Das wäre ganz gut, wenn die Absicht, der Arbeiterschug-Gesetzgebung Hindernisse zu bereiten, nicht so offen zu Tage läge. Mit Recht wurde von den sozialdemokratischen Rednern geltend gemacht, daß dies die unpassendste Gelegenheit sei, konstitutionelle Doktorfragen zu erheben, — wenn es gelte, die Rechte des Reichstages zu wahren, dann werde man die Sozialdemokratie am Posten finden, wo man die anderen Parteien bei entscheidenden Gelegenheiten nicht gefunden habe.

Schließlich wurde der betreffende Paragraph in der Kommissionsfassung angenommen; die Debatte über die Sonntagsruhe ist aber auch heute — nach sechstägiger Dauer — noch nicht zu Ende geführt worden! Sie wird jedenfalls noch die ganze morgige Sitzung ausfüllen. Leider sieht das winzige Resultat der Verhandlungen in einem lächerlichen Mißverhältnis zu ihrer enormen Ausdehnung.

Die badische Fabrikinspektion in Karlsruhe hat an die Vorstände der Fachvereine ein Schreiben gerichtet, in welchem erklärt wird, es sei beabsichtigt, „in eine amtlich zu bearbeitende Darstellung der sozialen Lage der Fabrikarbeiter in Mannheim und dessen nächster Umgebung auch eine zusammenfassende Schilderung der seitens der Arbeiter bestehenden Organisationen aufzunehmen, da ohne eine solche eine wichtige Seite des Gegenstandes vernachlässigt sein würde. Das Material hierzu kann nur seitens der Vereine selbst beschafft werden.“ Ein dem Schreiben beigegebener Fragebogen enthält die bezüglichen Fragen.

Nun, das ist ein kleiner Schritt zur Besserung in der Art, wie man bei uns soziale Enqueten veranstaltet.

Wir haben schon das Zirkulär des Handelsministers an die Handelskammern wegen der künstlichen Vertheuerung der Kohlen des rheinisch-westfälischen Reviers erwähnt. Dasselbe richtet sich gegen die Unternehmer-Kartelle, über deren gemeingefährliches Treiben unsere Leser unterrichtet sind. — Auch vom Kaiser wird erzählt, daß er sich beim jüngsten Kanzler-Essen sehr kräftig gegen den Unfug der Kartelle ausgesprochen habe.

Die politische Bedeutung dieser Stellungnahme ist darin zu suchen, daß die rheinisch-westfälischen Kohlenbarone, welche das Kartell zur Ausplünderung des deutschen Volkes abgeschlossen haben, den Kern der „Fronde“ bilden, die unter der geheimen Oberherrschaft des Fürsten von

Bismarck der gegenwärtigen Regierung auf dem Gebiet der inneren und äußeren Politik alle möglichen Knäpkel zwischen die Beine zu werfen sucht.

Der Schlag richtet sich hiernach gegen den Fürsten Bismarck.

Es fragt sich nun, ob er auf wirtschaftlichem Gebiet praktische Folgen haben wird.

Was von den Grubenbesitzer-Ringen und Kartellen gilt, das gilt auch von den Eisen-, Zuder- und anderen Ringen, und vor Allem von dem Riesenring, zu welchem die Großgrundbesitzer — Junker und bürgerliche Kamaille in brüderlicher Eintracht — sich vereinigt haben, um dem deutschen Volke durch Vertheuerung der Nahrungsmittel alljährlich Hunderte von Millionen aus der Tasche zu nehmen.

Wenn dem einmal dieser modernen Raubritterei zu Seibe gegangen werden soll, dann muß es auch ordentlich geschehen, und kein Winkel des Augiasstalls darf ungefegt bleiben.

Freilich — hat die Regierung die Macht?

Die Herren Großkapitalisten haben sich in der Arbeiterschug-Frage schon stärker gezeigt, als die Regierung — und um ihre Ringe und Kartelle zu retten, werden sie sicherlich alle ihnen zu Gebote stehenden Mittel in Anwendung bringen. Und daß ihr Chef Bismarck vor keinem Mittel zurückschreckt, das wissen wir. —

Die Personentarifreform wird jetzt vom Eisenbahnministerium geplant, freilich viel und gewiß ernstlich wird nicht reformirt werden. Die einzige tief einschneidende Aenderung besteht in der geplanten Aufhebung der vierten Wagenklasse. Zum Theil wird die „Reform“ eine Preiserhöhung zur Folge haben, da die Rückfahrtillette und das Freigezack aufgehoben werden sollen. Den bei uns gewohnten sozial-reformatorischen Anstrich entbehrt der Reformplan nicht, was aus folgendem hervorgeht. Während der Zuschlag vom Personenzug auf Schnellzug bei der ersten Wagenklasse 16% pEt., bei der zweiten Wagenklasse 25 pEt. ausmacht, beträgt er bei der dritten Wagenklasse 50 pEt. Die ganze Reform ist lächerlich und zeigt, wie weit wir selbst hinter Staaten wie Oesterreich und Ungarn zurückbleiben; dort ist der Personentarif und der billige Kreuzertarif trotz viel geringeren Eisenbahnverkehrs mit unbestreitbarem Erfolg eingeführt, während man bei uns vor irgendwie einschneidender Reform zurückschreckt. —

In Afrika scheint es zu einer Katastrophe gekommen zu sein. Herr Wisman, der Reichskommissar, hat in einem „Feldzuge“ gegen die Eingeborenen offenbar eine Niederlage erlitten, und befand sich nach den letzten Berichten auf „der Rückkehr“ — was vermuthlich heißen sollte: auf dem Rückzug.

Schon vor Monaten sagten wir dem Herrn Reichskommissar, daß es leichter sei, nach Afrika hinein, als aus Afrika herauszukommen.

Die „National-Zeitung“ ärgert sich über die ihr unferseits zu Theil gewordene Abfertigung in Sachen der Diktatur des Proletariats. Das nationalliberale Blatt schreibt unter anderem:

„Es geht klar hervor, daß auch der „Vorwärts“ die gegenwärtige Sozialpolitik trotz ihrer Bemühungen um die Erfüllung von Forderungen der handarbeitenden Klassen nicht als ein Mittel zur Herbeiführung eines friedlichen Uebergangs anerkennt, daß er die Diktatur des Proletariats mindestens als den wahrscheinlich unvermeidlichen „Uebergang“ betrachtet.“

Dem stimmen wir vollständig bei. Wir anerkennen nicht im geringsten die gegenwärtige Sozialpolitik als ein Mittel zur Herbeiführung eines friedlichen Uebergangs. Ein Parlament, das, wie der Deutsche Reichstag, sich tagelang abmüht, die Sonntagsruhe, eine der selbstverständlichsten Forderungen, nach allen Regeln der Kunst zu durchlöchern, ein Parlament, in dem ein Uständiger Normal-Arbeitstag keine Majorität finden würde, ein Parlament, welches das Koalitionsrecht meucheln will, ist die Vertretung einer halbstarren und kurzschichtigen Bourgeoisie, die unfähig ist, einen friedlichen Uebergang in die sozialistische Wirtschaftsordnung herbeizuführen. Vernt die deutsche Bourgeoisie nicht bald und viel, so wird ihr die Diktatur des Proletariats kaum eripart werden. —

herum und redete sich ein, sie sei schön, schmelzte im Anblick ihrer feinen Stirn, ihres dichten, lockigen Haars, ihrer großen, tiefen Augen . . . Frauenzimmer . . . natürlich war sie unübersteiglich! Niemals aber dachte sie daran, daß sie auch dumm war!

Sie fuhr fort mit Uchermann herumzugehen, immer unsicher, immer in der Abwehr. „Wie glücklich trifft sich's, daß ich einen Kameraden wie Dich gefunden habe! Wir Frauen können fast nie etwas Vernünftiges reden; unsere Witschwester sind in der Regel ebenso dumm wie wir selbst, und die Männer . . . wenn wir einen Mann bitten, uns zu erklären, was Mathematik ist, so meint er gleich, wir seien verliebt; warum würden wir uns sonst mit ihm einlassen? Natürlich kann man sich nicht denken, daß eine Frau den Drang hat zu lernen . . . Und dann kommt er mit seiner ewigen Freierei, und Gott! wie erstaunt ist er, wenn er einen Rorb erhält! Warum kollektiviren Sie denn da mit mir?“ fragt er . . . Nein, Du bist ein gottgefügnetes Weib, Uchermann, eine seltene Erscheinung unter den Männern; bei Dir braucht man sich doch nicht zu fürchten, daß man mißverstanden wird!“ — Er antwortete nichts weiter.

Aber plötzlich konnte er ganz unumhig verstimmt werden. Er klagte über das Leben und die Existenz, begriff nicht, wozu er eigentlich herumging und delirirte; er taugte zu nichts; er besaß keinen Lebensmuth. „Ich stache mich auf, ich zu haben, weil ich auch keinen Todesmuth habe; es ist allzu schrecklich, der schwarzen Verzweiflung in die leeren Augen zu sehen; allein ich hänge mit dem Leben auf gar keinem Punkte zusammen; ich gehe eigentlich nur herum wie ein Spuk.“ Sie tröstete ihn mit Politik und großen Fragen; nun kriegten wir ja ein Reichsgericht; dann war die Reaktion gebrochen und nichts mehr vermochte das Volk aufzuhalten auf dessen Weg in die Zukunft „Ich kammere mich den Teufel um Politik“, sagte er.

Wenn er mit „Ja“ klagte und jammerte, so besserte sie es in ein „Wir“ um; wir haben es alle so; „das Leben ist uns allen unerträglich.“ Gott weiß, wofür wir eigentlich existiren!“ — „Du verstehst mich nicht“, seufzte er. „Ich weiß, wie ich nur nicht allzu gut verstand; o, wie war das doch verzweifelt!“ —

(Fortsetzung folgt.)

*) Röt, Nig, Wassermann.
**) Pedersen ist ein höchst gewöhnlicher Name; die —sen-Endung deutet nicht auf vornehme Abstammung.

Die „Köln. Ztg.“ schreibt: In Regierungskreisen blickt man mit großem Ernst auf die in Westfalen feste Gestalt annehmende Arbeiterbewegung bezüglich des Achtstundentages. Die verbündeten Regierungen betrachten die Kommissionsbeschlüsse über die Gewerbe-Ordnungs-Novelle als die äußerste Grenze. Der Verlauf der Bochumer Versammlung lasse in wenigen Monaten einen umfassenden Ausbruch erwarten, welchen Kampf indes sämtliche Regierungen, sowie die Regierungen mit größter Entschlossenheit durchzuführen werden.

Wir wissen nicht, ob es in einigen Monaten zu einer Arbeitseinstellung in Rheinland-Westfalen kommen wird und glauben, daß die „Kölnische Zeitung“ vielleicht die Absicht der Regierung, diese kaum aber auf deren Wunsch ausspricht. Daß die verbündeten Regierungen die Kommissionsbeschlüsse als die äußerste Grenze in Sachen des Arbeiterschutzes ansehen und bei der Haltung des Reichstags ansetzen kann, wissen wir wohl; doch glauben wir nicht, daß sie erklären läßt, daß sie mit Entschlossenheit gegen jeden Streik vorgehen werde; so offen demaskiert sich die Regierung doch nicht als Vertreterin der Unternehmungsklassen. Die „Kölnische Zeitung“ läßt nur ihrer Phantasie freies Spiel und lebt schon jetzt in der Zeit der Strafbarkeit des Kontraktbruchs.

In Leipzig ist ein antisemitischer Agitator, der ehemalige Besitzer des „Völk.-Sonnenberg“ (Tages-Anzeiger), wegen Schwindelens und scheußlichster Sittlichkeitsvergehen zu 4 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Wie sich bei den Gerichtsverhandlungen herausstellte, hat der christlich-germanische Judenhetzer früher schon einmal eine ebenso hohe Strafe wegen ähnlicher Verbrechen bekommen.

Die österreichische Wahlbewegung wird der Regierung recht unbequem. In Wien und in Steiermark hat sie die Verbreyer unseres Wahlaufrufes, der nicht, wie wir irrtümlich gemeldet haben, verboten war, einsperren lassen, in Graz hat sie den politischen Verein „Wahrheit“ aufgelöst und auch sonst spart sie nicht mit Wahrgelungen aller Art. Das wird ihr aber nichts helfen. Die kurze Zeit, welche für die Wahlbewegung gelassen ist, wird vollaus von unseren Parteigenossen ausgenutzt; Ueberall werden Versammlungen abgehalten, Hunderttausende von Wahlaufrufen werden verbreitet und so dringt der Geist des Sozialismus, wenn auch vielleicht nicht ins österreichische Parlament, so doch in die breitesten Schichten des Volkes, aus welchen sich der Ruf nach Verwirklichung unserer Forderungen immer stärker vernehmen läßt.

Die belgische Kammer wird sich gegen die Verfassungsvision erklären — daran ist jetzt nicht mehr zu zweifeln. Die Erbitterung über diese ablehnende Haltung ist so groß, daß die Bergarbeiter, gleich nachdem die Kammer formell ihren Beschluß gefaßt hat, den Ausbruch beginnen wollen — ein Schritt, von welchem die sozialistischen Führer vergebens abgemahnt haben. Es scheint aber in der That, die ultramontane Regierung wolle einen gewaltsamen Konflikt provozieren. Der belgische Ministerpräsident ist bekanntlich der Jdealist der katholischen Pfaffen.

Depeschen aus Chile konstatieren, daß die Revolution fortgeschritten. Außer Santiago und Valparaiso sei bereits das gesammte Land in der Macht der Aufständischen. Präsident Palmaoca erließ am 20. Januar eine Proklamation, aus welcher hervorgeht, daß außer der Armee 10 000 Mann Nationalgarden zu seiner Verfügung stehen. In Santiago sind Verteidigungswerke errichtet worden. Kings um den Palast und die Staatsgebäude wurde Artillerie postiert. Der Präsident beabsichtigt, in Peru Waffen und Munition anzukaufen, aber da die Dampfer in den Händen der Insurgenten sind, so konnten die Kaufaufträge nicht ausgeführt werden. 2000 chilenische Landkrieger in Coquimbo, wo sie von den Insurgenten enthusiastisch empfangen wurden. In der Umgegend von Coquimbo haben Gesefchte stattgefunden, wobei die Insurgenten siegreich waren. Zwei Regimenter von den Regierungstruppen gingen zu den Aufständischen über. Das Heer des Präsidenten ist auch sonst durch Massendefertierungen geschwächt worden; so entliefen u. a. bei Valdivia in Süd-Chile, welches die Insurgenten besetzten, viele Soldaten.

Parlamentarisches.

Die Wahlprüfungs-Kommission prüfte gestern die Wahl des Abgeordneten Lucius (Erfurt) und wurde Aufhebung der Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl und Erhebungen über zahlreiche Protestpunkte beschlossen.

1. Sitzung der XV. Kommission zur Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betr. die Abänderung des Gesetzes über die Besteuerung des Branntweins vom 24. Juni 1887. An Stelle des Abg. Stolle ist Abg. Schippel in die Kommission eingetreten.

Von Seiten des sozialdemokratischen Abg. Wurm wird Antrag auf Generaldiskussion über die Grundlagen des ganzen Gesetzes gestellt und gegen seine Stimme abgelehnt. — Abg. Dr. Barth ersucht die Regierungen um Auskunft über folgende Anfrage: Wie vertheilt sich die Gesamtjahrmenge, von welcher der niedrigere Abgabensatz von 0,50 M. per Liter zu entrichten ist, auf die Brennereien (unter Angabe ihrer Zahl) mit einem Jahreskontingent a) bis 1 Hektoliter, b) von 1—5 Hektoliter, c) von 5—10 Hektoliter, d) von 10—20 Hektoliter, e) von 20—50 Hektoliter und f) von 50 Hektoliter bis 100 Hektoliter, g) von 100—200 Hektoliter und h) von 200 Hektoliter bis 1000 Hektoliter.

Staatssekretär Malchahn erklärt, daß das Material zur Beantwortung dieser Anfrage nicht in Händen der Regierung sei, und es sehr langwierig und umständlich sein würde, dasselbe zu schaffen. Nach längerer Debatte erklärt er, daß die Regierung nicht die Verpflichtung habe, Material für Angriffe auf ein Gesetz zu liefern, das nach Ansicht der Regierung gegenwärtig nicht geändert werden könne.

Abg. Wurm weist nach, daß der Staatssekretär durch seine Erklärung die Meinung bekräftigen muß, die Klarlegung der Verhältnisse könne dem Bestehen des Gesetzes nur schaden. Wenn dies aber nicht der Fall wäre, müßte ja die Regierung das lebhafteste Interesse haben, die von der Opposition erhobenen Vorwürfe durch Veröffentlichung des Materials glänzend zurückzuweisen. Da aber mit und ohne Liebesgabe diese ganze Beantwortung ungerechtigt ist, bringt er folgende Resolution ein:

In Erwägung, daß die Besteuerung des Branntweins von den Konsumenten angebracht werden muß und in Erwägung, daß diese Konsumenten in überwiegender Maße die ärmeren

Volksschichten sind, ferner in Erwägung, daß die Trunksucht nicht durch hohe Besteuerung des Branntweins bekämpft, sondern nur durch wirtschaftliche wie geistige Hebung der Bevölkerung beseitigt werden kann, die hohe Besteuerung des Branntweins jedoch die wirtschaftlichen Verhältnisse der ärmeren hauptsächlich Branntwein trinkenden Bevölkerung nur noch verschlechtert, ferner in Erwägung, daß der vorliegende Entwurf eines Gesetzes, betr. die Abänderung des Gesetzes über die Besteuerung des Branntweins vom 24. Juni 1887 die Grundlagen einer gerechten Besteuerung mit genügender Berücksichtigung derjenigen Bevölkerungsschichten, auf die hauptsächlich diese Steuer abgewälzt wird, nicht in Erwägung zieht, erklärt die Kommission, in eine Berathung des vorliegenden Gesetzentwurfs nicht einzutreten, sondern den Reichstanzler aufzufordern, dem Reichstage baldigst eine Vorlage zugehen zu lassen, durch welche das Gesetz über die Besteuerung des Branntweins vom 24. Juni 1887 aufgehoben wird.

Abg. Dr. Buch hält es bei dem Gange, den die Verhandlungen genommen haben, für unklug, wenn Kommission und Regierung das Material nicht beibringen lassen würden, da sonst sich im Volke die Meinung verbreiten könne, man habe etwas zu verbergen. — Abg. Brömel weist auf die mittleren Brennereien hin, die ebenfalls noch eine Vergünstigung erfahren müssen. — Abg. Gamp fügt zum Antrage Barth hinzu: getrennt nach landwirtschaftlichen und gewerblichen Brennereien. — Abg. Wurm fügt hinzu: getrennt nach Bundesstaaten und für Preußen nach Provinzen. Die Resolution Wurm wird mit allen gegen die Stimme des Antragstellers abgelehnt, nachdem der Staatssekretär Malchahn im Namen der verbündeten Regierungen erklärt hat, daß dieselbe einer vollständigen Beseitigung des bestehenden Branntweinsteuer-Gesetzes, auch wenn sie im Reichstage beschlossen würde, gegenwärtig nicht ihre Zustimmung geben könnten. Der Antrag Barth wird mit den Zusätzen Gamp und Wurm angenommen. Staatssekretär Malchahn erklärt, daß er dem Wunsche der Kommission entsprechen und das gewünschte Material den angenommenen Anträgen gemäß herbeibringen werde. Auf Antrag des Dr. Buch wird die Berathung mit Artikel II der Vorlage fortgesetzt, Artikel I erst besprochen, nachdem das statistische Material von der Regierung geliefert worden ist. Hierzu liegt ein Antrag des Dr. Barth vor: An die Stelle der §§ 1 und 2 des Gesetzes über die Besteuerung des Branntweins vom 24. Juni 1887 tritt vom 1. Oktober 1891 an folgende Bestimmung:

Der im Gebiete der Branntweinsteuer-Gemeinschaft hergestellte Branntwein unterliegt einer Verbrauchsabgabe von 0,50 M. für das Liter reinen Alkohols und zu diesem Zwecke der steuerlichen Kontrolle. Von der Verbrauchsabgabe befreit bleibt: 1. Branntwein, welcher ausgeführt wird; 2. Branntwein, welcher zu gewerblichen Zwecken zc. zc.

Staatssekretär Malchahn erklärt im Namen der Regierungen, daß sie auch diese Abänderungen nicht annehmen könnten. Abg. Dr. Barth und Wurm weisen nach, daß die kleineren Brennereien keinen Vortheil von der bestehenden Kontingentierung haben.

Die Debatte wird vertagt. Nächste Sitzung Mittwoch Vormittag 10 Uhr.

2. Sitzung der XV. Kommission zur Vorberathung des Entwurfs eines Gesetzes, betr. die Abänderung des Gesetzes über die Besteuerung des Branntweins vom 24. Juni 1887.

Zum Berichterstatter über die eingegangenen Petitionen wird Abgeordneter Gamp gewählt. Abgeordneter Gröber erklärt, daß die süddeutschen Brennereien ohne Kontingentierung nicht bestehen können. Abgeordneter Hug ist derselben Ansicht, wünscht jedoch eine Abmilderung in der Höhe der Besteuerung, je nach der Höhe der Produktion. Abgeordneter Barth tritt nochmals für seinen Antrag, Aufhebung der Kontingentierung, ein und befreit das von den Vorrednern behauptete Reservatrecht bei der Branntweinsteuer, das aus § 47 2 des Branntweinsteuer-Gesetzes folgt. Abg. Dr. Buch: Die Produktion ist zurückgegangen und das beweist die Vergünstigung durch das Kontingent. Er befreit den Antrag Malchahn I. a. b. (Pr. 5) und befreit, das hierdurch eine wirklich zulässige und erspriehliche Begünstigung der Brennereien zu theil werde. Staatssekretär Malchahn: Der Bundesrath hat beschlossen für die zweite Kontingentierungsperiode den Satz von 4,5 Jtr. reinen Alkohols, der mit der Bevölkerungszahl multipliziert wird, um das Kontingent zu bemessen, u verändert zu lassen. Die Bevölkerungszahl der Volkszählung von 1890 kommt erst 1893 in Frage. Der Bundesrath hat nun beschlossen, für die bestehenden Brennereien in der neuen Kontingentierungsperiode für das erste Jahr 1890/91 das Kontingent zu 1/3 provisorisch zu bemessen. Sobald dann die wirkliche Kontingentierungsziffer für jede Brennerei berechnet ist, was dieses Jahr noch geschieht, dann wird die Differenz der provisorischen und endgültigen Kontingentierung den Brennereien für die nächsten zwei Jahre zugerechnet, so daß sie ihre Gesamt-Kontingent bis 1904 abbrennen können. Die neu entstandenen landwirtschaftlichen Brennereien sollten provisorisch so kontingentirt werden, wie bestehende, in gleichem Umfang. Abg. Malchahn hebt hervor, daß der Bundesrath schon bei anderen Gelegenheiten — so bei der Zuckersteuer — erklärt habe, die Grundlagen der Besteuerung nicht zu ändern und sie später doch änderte. Abg. Gamp: Die Preissteigerung des Spiritus ist veranlaßt durch die schlechten Kartoffelernten und die hohen Preise der Kartoffeln. Die Beschränkung der Produktion hat das Gute, daß der maßlosen Vergabe der Volkshahrung, Kartoffeln und Getreide, zu Brennweiden Einhalt getan ist. Die Kontingentierung ist eine Begünstigung des Kleinbetriebes, das heißt desjenigen, was im Verhältnis zur landwirtschaftlichen Produktion minimal ist, also nicht der Umfang des Maßstabes absolut, sondern relativ in Berücksichtigung des Umfanges der Landwirtschaft. Uebrigens ist auch die verschiedenartige Bemessung der Maßstabsteuer je nach der Größe der Produktion nur eine Art Liebesgabe. Abg. v. Buch: Vor Einführung des Gesetzes nahmen die großen Brennereien überhand, die kleinen gingen zurück; das Gesetz hat dies geändert. Der Antrag Barth würde die kleinen Brennereien vollständig ruinieren, die großen allein könnten bestehen. Graf v. Kleist-Schmenzin: Wenn die Kontingentierung nur den kleinen Brennereien als Begünstigung zugewiesen wird, dann errichten die Großgrundbesitzer anstatt ein er großen viele mittlere Brennereien und heben doch die Liebesgabe ein. Dr. Barth weist die Meinung des Abg. Gamp zurück, als ob er eine Liebesgabe für irgend Jemand aus dem allgemeinen Steuerfächer bewilligen wolle. Doch müsse man aus Billigkeitsrücksichten ein Mittelstadium vorläufig finden und deswegen würde er vorläufig für eine Begünstigung der kleinen Brennereien eintreten, als Billigkeitsschritt. Prinzipiell setze er auf entgegengelegtem Standpunkt. Der bairische Vertreter hält es nicht für unmöglich, daß aus dem vom Abg. Barth angedeuteten Wege eine Begünstigung der kleinen Brennereien erzielt werden könne, doch sei darauf kein Verlaß. Die Reservatrechte der Süddeutschen sind durch § 47 2 gewährleistet. Letzteres befreit der bayerische Vertreter. Finanzrath von Fischer erklärt für Barmen sein Einverständnis mit Baden und Bayern. Graf Mirbach: Durch all die Neben der Opposition werden wir uns nicht überzeugen lassen. Abg. Wurm: Die Ausführungen gerade der Konservation haben bewiesen, daß das Flidwerk dieser Gesetzgebung den kleinen Brennereien auf die Dauer nicht helfen wird, mag man noch so viel Liebesgaben bewilligen. Die gewerblichen Brennereien werden immer stärkere Konkurrenten, sie wollen und müssen Absatz erzwingen und schleudern die Preise, dadurch ruiniren sie gerade die kleinen zc. Die Proletarisierung wird durch solche Gesetzgebung nicht aufgehoben, und die Oeffentlichkeit wird durch diese Verhandlungen immer mehr die Ueber-

zeugung gewinnen, daß ganz andere Grundlagen für unser Birthschafterleben geschaffen werden müssen, wenn nicht nur sehr wenige Reiche und viel Arme übrig bleiben sollen. Abgeordneter Simonis konstatirt, daß die Oeffener Brennereien durch das bestehende Gesetz zu Grunde gehen. Staatssekretär Malchahn: Der Schlupf des § 42 beziehe sich nicht auf Absatz 1, sondern auf Absatz 2. Er hat keinen Anlaß, jetzt auf die Bedeutung dieser Zustimmungserklärung der beteiligten Staaten näher einzugehen, da an eine Abänderung des Gesetzes durchaus nicht zu denken ist.

Der Antrag Barth wird gegen die Stimmen der Freisinnigen abgelehnt. Abg. Malchahn vertheidigt seinen Antrag. (Pr. 5 Art. II zu § 42, 1.) Geheimrath Kaufmännig: Der Antrag Malchahn bringt eine sehr ungleiche Vertheilung zum Ausdruck. Abg. Gamp: Die Kornbranntwein-Brennereien sind durch das bestehende Branntweinsteuer-Gesetz nicht geschädigt, sondern begünstigt worden.

Die Sitzung wird vertagt. Nächste Sitzung Donnerstag Abends 8 Uhr.

Korrespondenzen und Parteinachrichten.

Ein Dr. Großmann, angeblich ein Berliner Arzt, hat, nach dem „Leipz. Tagebl.“, in einem Vortrage über die Prostitution, den er in Leipzig gehalten hat, folgende ungläubliche Aeußerung gethan: „Für die Gestaltung, welche die Prostitution heute angenommen hat, sind die Sozialdemokraten besonders mit verantwortlich, die ihre Frauen vielfach nicht hoch genug schätzen und auf ihr Programm die freie Liebe gestellt haben.“ Die Rede enthielt noch manches andere konfuse Zeug. Während Großmann den Sozialdemokraten die Förderung der Prostitution zum Vorwurfe machte, erklärte er später in einer Replik gegen den Genossen Dr. Gradnauer, der seine Ausführungen widerlegt hatte: „Die Prostitution werde existiren, so lange die Welt besteht; es sei ein Uebing, die Prostitution aus der Welt zu schaffen, gerade so unjähig, wie der von der Sozialdemokratie geplante Zukunftsaustausch.“ Herr Großmann erklärt es also für unmoralisch, die Prostitution zu fördern, und für Unfinn, sie beseitigen zu wollen. Wo dieser Mann wohl die Logik studirt haben mag?

Bromberg. Jetzt ist man mit aller Macht dabei, die geistige Bekämpfung der Sozialdemokratie in unseren Oeffenprovinzen, hauptsächlich in Posen, wo das Pfaffenhum noch eine große Rolle spielt, anzubahnen. Nicht genug, daß von der Kanzel, in den Vereinen und in den hiesigen Zeitungen täglich geschimpft wird. So wurde vor kurzer Zeit an einem Ort unweit Bromberg ein Flugblatt in polnischer Sprache in einer Massenaufgabe zur Bekämpfung der Sozialdemokratie herausgegeben mit der Ueberschrift: „Aufgepaßt, der Sozialdemokrat kommt!“ Und was dann die hiesige Behörde mit Hilfe der sogenannten Zeithefter aufstellt, ist unbeschreiblich. Erstens ist es uns nicht möglich, ein passendes Sozial aufzutreiben, sei es zu gewerkschaftlichen oder politischen, öffentlichen oder Vereinsversammlungen. Gedemken wir einmal ein Sozial zu haben, so setzt sich gleich die Behörde dahinter und in letzter Stunde wird das Sozial zurückgezogen. Sogar die Filiale der Kranken- und Sterbefälle deutscher Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter (S. D. 5) Hamburg wird hier als sozialdemokratischer Verein betrachtet; das beweist folgender Akt, den wir der Oeffentlichkeit nicht vorenthalten wollen. Am Sonnabend, den 7. d. M., hatte die benannte Kasse ihr 6. Stiftungsfest arrangirt im Bayer'schen Etablissement. Der Sozialinhaber hatte sein Lokal zu diesem Zwecke selbst angeboten. Kurz, es waren alle Vorarbeiten getroffen, um das Fest mit Theateraufführung, Ball und sonstigen Belustigungen zu verbringen. Da erhielt am Sonnabend, d. 7. d. M., Nachmittags 3 Uhr, der Bevollmächtigte einen Brief, daß das Vergnügen besonderer Umstände halber nicht stattfinden dürfe. Wo die Abbestellung der Eingeladenen noch rechtzeitig erfolgen konnte, wurde es vollführt. Als nun die Uebrigen vor dem Lokal erschienen und die Wirthschaft erhielten, daß kein Vergnügen stattfinde und den Birth deswegen zur Rede stellten, gab er zur Antwort: „Da müssen Sie sich bei der Polizei beschweren, die hat es mir verboten; ich könnte es ja abhalten lassen, aber ich werde sehen, was danach folgt.“ Als nun weiter nach den Gründen gefragt wurde, erwiderte er: „Ja — das wäre ein sozialdemokratischer Verein und so was dürfen er nicht dulden. Wir sollten unser Recht suchen, wo wir wollten.“ (Werdens auch finden.)

Dem Verbands der Zimmerleute wurde nichts in den Weg gesetzt. Sie konnten ruhig am 9. Februar ihr Vergnügen abhalten, da sie sich von vornherein als Nichtsozialdemokraten anboten. Dem Militär wurde überall die Oedre ertheilt, dies Lokal am Sonnabend Abend zu meiden. Darüber hatte das hiesige Spießbürgertum so recht seine Freude in dem guten Glauben, daß dadurch die Sozialdemokratie manfotod gemacht wäre. Nur immer so zu und wir werden sehen, wer den Sieg davonträgt.

Gegen die hiesigen Sozialinhaber läßt sich schwer eine Maßregel ergreifen, da hier zur Zeit vier Regimenter liegen und die Birthe nach den Arbeitern wenig fragen. Erst wenn der Rostgeißel der Arbeiter mehr geschwunden, wird es hierin besser werden.

Soziale Ueberlicht.

In Zein sind die Wildhauer im Ausstand. Es wird gebeten den Jaguz fernzuhalten.

Zum Ausschluß der Hamburger Tabakarbeiter. Minden i. B., 15. Februar. Nach einem Referat von B. Stromberg Hamburg, wurde in der gestern hier abgehaltenen öffentlichen Tabakarbeiter-Versammlung einstimmig beschlossen, Alles aufzubieten, die Arbeiter in den Filialen der Hamburger Firmen F. U. Jiegenbein und C. J. Klein u. Buschke zu veranlassen, die Arbeit sofort einzustellen und sich mit den ausgeschlossenen Hamburger Tabakarbeitern solidarisch zu erklären. Bei den im Landgebiet arbeitenden Handarbeitern dieser Firmen soll zu diesem Zweck eine rege Agitation entfaltet werden.

Northeim, 16. Februar. Die Arbeiter in der Filiale der Hamburger Firma Karl Hesel erklärten sich heute mit ihren ausgeschlossenen Hamburger Kollegen solidarisch und stellten sofort die Arbeit ein.

Hamburg, den 16. Februar. In der heute hier abgehaltenen Volksversammlung in Käthe's Etablissement wurde einstimmig beschlossen, da die Behörde sich außer Stande erklärt habe, eine Einigung zwischen den Zigarrenfabrikanten und den Tabakarbeitern herbeizuführen, die Letzteren so lange zu unterstützen, bis die Fabrikanten den Arbeitern das ihnen gesetzlich gewährleistete Vereinigungsrecht zugestehen. Marzen von 80 und 50 Pf. sollen ausgegeben und in allen Distrikten der Stadt Zahlstellen zum Verkauf derselben errichtet werden. Derselbe Beschluß wurde in Wandstedt in einer im „Schwarzen Bären“ abgehaltenen Volksversammlung gefaßt.

Briefkasten der Redaktion.

Lübbenerstr. Der Anspruch der Armenverwaltung auf Ersatz der ihnen gewährten Kurkosten ist noch nicht verjährt. Wenn dieselbe, was aber nicht anzunehmen ist, von Ihren Spar-einlagen Kenntniß erhält, so kann sie dieselben mit Beschlag belegen.

Theater.

Donnerstag, den 19. Februar.
Opernhaus. Harn.
Hauspielhaus. Der neue Herr.
Festung-Theater. Das Gnadenbrot.
 Hierauf: Fortuna.
Berliner Theater. Ein Freund der Frauen.
Deutsches Theater. Ehrbare Mädchen.
 Vorher: Ehrenschulden.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.
 Weisner Porzellan. Hierauf:
 Pariser Leben.
Wallner-Theater. Mit Hehelt.
Reuden-Theater. Der selige Zoupinel.
Viktoria-Theater. Die sieben Maden.
Sallealliance-Theater. Pension Schöller.
Okend-Theater. Maria Stuart.
Adolph Ernst-Theater. Adam und Eva.
Thomas-Theater. Der Registrator auf Reisen.
Kaufmann's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Concordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Geb. Richter's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Circus Schumann.

Friedrich-Karl-Ufer.
 Donnerstag, den 18. Februar,
 Abends 7 1/2 Uhr:

Große Vorstellung

mit neuem, vorzüglichem gewähltem Programm.
 Besonders hervorzuheben: 12 Rapphengste in Freiheit dressirt und vorgeführt von Herrn Max Schumann. Auftreten des anerkannt besten Jockey-Reiters der Welt Mr. Arjone Royal. Das Schulpferd Troubadour, geritten von Fel. Wilma. Musikalisches Entree der Gebr. Bernanè. Auftreten der Virtuosen-Reiterin Fel. Helene Gerard. Die dreifache Springschule geritten von Herrn Ernst Schumann. Jammarie, arab. Fuchshengst, in Freiheit vorgeführt von Herrn Ernst. Komische Entrees und Intermezzi sämtlicher Clowns etc.
 Zum Schluss der Vorstellung:

Circus unter Wasser.

Eine ländl. Hochzeit.
 Sensationelle Wasserphantomim.
 Morgen: Große Vorstellung mit neuem Programm. Eine ländliche Hochzeit.

Englischer Garten.

Direktion: C. Andress, Alexanderstraße 27c.
Margarethe Steinow, Siedersängerin.
Paul Jülich, Gesangs-Humorist.
Mr. Goswin, Musik. Regier-Clown.
Frl. Bonné, Kostüm-Soubrette.
Gebr. Corradini, Tanz-Duettisten.
Mons. Bernard, Schnellzeichner.
 Anfang Wochentags 8 Uhr.
 Sonntags 5 1/2 Uhr.
 Entree Wochentags u. Sonntags 30 Pf.
 50 Pf. und 75 Pf. im Vorverkauf
 20 und 30 Pf.

Stabliement Buggenhagen

am Moritzplatz.
 Täglich:
Unterhaltungs-Musik.
 Direktion A. Ködman.
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.
 Großer Frühstuck und Mittagstisch.
 Spezial-Ausgang von Pagenhofer
 Export-Bier, Seidel 15 Pf.
 641 F. Müller.

Gratweil'sche Bierhallen

Kommandantenstr. 77-79.
 Täglich:
Grosses Concert
 mit Quartett-Sängern.
 ausgeführt von dem Musik-Direktor
 H. Sanftleben.
 Wochentags: Frei-Concert.
 Sonntags Entrée 20 Pf.
 Empfehle auch zugleich 8 Billards,
 5 Kegelbahnen und einen Saal zu Vergnügungen und Versammlungen.
 703 F. Sadtke.

Passage-Panopticum.

Unter d. Linden 22/23.
Knabe mit 2 Köpfen.
Amerikanerin
 m. 25 cm langem Vollbart.
 11-1 Uhr. 5-9 Uhr.

Castan's Panopticum.

Jetzt: Friedrichstr. 165.
 Neu:
Azteken.
Prof. Dr. R. Koch
 im Laboratorium.
 Öffn. v. 9 Uhr früh bis 10 Uhr Abends.
 Entrée 50 Pf. Kinder 25 Pf.

Durch die Geburt eines kleinen Soci wurden hoch erfreut 171 L
August und Marie Penn.

Speditur W. Schmidt zum 40.
 Wiegenfeste ein tausendfaches Hoch, nur verpasse die Zeit nicht. D. N. F. (900 L)

Unserm Freund Herrn. Bauer zum heutigen Tage ein donnerndes Hoch, daß die Brillengläser wackeln. (555 b
 Einige vom Distriktsklub Nordhäuser.

Unserm Stabsbruder und Genossen Carl Ulrich zu seinem heutigen Wiegenfeste ein donnerndes Hoch, daß die ganze Brangelstraße wackelt.
 Na, Carl, merkst Du nicht von wegen am Freitag Abend? 203 L

Unserm Kollegen Richard Kempfe zum heutigen Tage ein dreif. Hoch, daß die schweren Beschüge, die Knoblauchgasse und Schmidt's Bude wackelt.
 549 b Seine Freunde.

Fachver. d. Weber.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied
Robert Butterling
 am Montag, den 18. d. Mts., gestorben ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag Nachmittag 4 Uhr von der Leichenhalle der Markus-Gemeinde in Wilhelmberg statt. Um rege Theilnahme bittet
 347 Der Vorstand.

Angehörigliche General-Versammlung

der
Strumpfwirker-Innungs-Kranken-Kasse zu Berlin
 am Sonntag, den 1. März 1891,
 Vormittags 12 Uhr,
 bei Konzagk, Grüner Weg Nr. 103.
 Tagesordnung:
 1. Nach § 44 des Innungs-Statuts Wahl des Gesellen-Ausschusses.
 2. Rechnungslegung für das Jahr 1890.
 3. Verschiedenes.
 Mitglieder der Kasse werden ersucht, recht pünktlich und zahlreich zu erscheinen. 552b
Ad. Fleischer, Richter,
 Obermeister. **Richter,** Rentant.

Verein der Barquetbodenleg.

Berlins.
Generalversammlung.
 Montag, den 23. Febr.,
 Abends 8 Uhr,
 bei Weigt, Markgrafenstr. 87.
 Tagesordnung:
 1. Vierteljahres-Abrechnung.
 2. Verschiedenes. 250
 Um zahlreichem Besuch ersucht
 Der Vorstand.

Bildhauer!

Nach Beschluß der öffentlichen Versammlung vom 3. Februar ist die Kommission beauftragt, einen wöchentlichen Beitrag von 10 Pf. zu erheben. Derselbe wird von der 7. Woche ab erhoben. 117
 Die Quittungskarten sind zu haben Dienstags und Sonnabends Abends von 8 Uhr ab bei **Koschner,** Annenstraße 16. Da der Fonds für Agitationszwecke bestimmt ist, ist es Pflicht aller Kollegen, sich möglichst bald mit Karten zu versehen.
Die Kommission.

Fachverein der Bürsten- u. Pinselmacher

Berlins und Umgebung.
 Sonntag, den 22. Februar 1891,
 Vormittags 10 Uhr,
 bei Feuerstein, Alte Jakobstraße 75.
General-Versammlung.
 Tagesordnung:
 1. Bericht des Kassiers und der Revisoren. 120
 2. Vorlesung über Arbeiterschutz-Gesetzgebung.
 3. Diskussion.
 4. Verschiedenes.
 Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
 Der Vorstand.

Nothabak A. Goldschmidt,

Spandauerbrücke 6,
 am hiesigen Plage bekanntlich
Größte Auswahl. Garantiert
sicher brennende Cigaren.
 Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Nothabake sind am Lager.
A. Goldschmidt, Spandauerbr. 6,
 am Lade'schen Markt. (746)

Brauerei Pfefferberg.
 Der Ausstoß und Versandt unseres rühmlichst bekannten
Bock-Bieres
 beginnt Sonnabend, den 21. Februar.
 Wir liefern dasselbe in Flaschen und Gebinden frei Haus:
20 Fl. 1/10 Inh. 3 M., 1/3 Tonne 4 M. 50 Pf.
 Gleichzeitig empfehlen unser
hochfeines goldfarbig. Tafelbier
 30 Fl. 1/10 Inh. = 3 Mk. 1/3 Tonne = 3 Mk.
 26 " 7/16 " = 3 " 1/3 Tonne = 3 Mk.
 Bestellungen bitten direkt zu richten an
Brauerei Pfefferberg,
 N. Schönhauser Allee 176.
 14P
 Anstich am 21. Februar 1891. Anstich am 21. Februar 1891.

Berliner Original-Bockbier
Berliner Bockbrauerei, Tempelhofer Berg.
 Vom 21. Februar cr. versenden wir an Privat-Kunden unser „Berliner Original-Bockbier“ in kleinen Gebinden und Flaschen die 1/3 Tonne zu Mk. 4,50, 1/4 Tonne Mk. 9,—, 1/2 Tonne Mk. 18,—, 1/1 Tonne Mk. 36,—. „Berliner Original-Bockbier in Flaschen“ nur echt mit in die Flaschen eingeblasenen 2 Böcken! Wir liefern wir 20 Flaschen für 3 Mark frei Haus. Pfand wird nicht berechnet, die Flaschen bleiben unser Eigenthum und sind nicht verkäuflich.
Nach anßerhalb liefern wir das „Berliner Original-Bockbier“ in gleichen Gebinden und Pfand Mk. 12,50 frei Bahnhof hier gegen Nachnahme. Bei freier Rücksendung zahlen wir 5 Mk. Pfand für Kiste und Flaschen zurück.
 Plakate sind nur echt Berliner Bockbrauerei, SW., Tempelhofer Berg.
 mit unserer Firma: **Berliner Bockbrauerei, SW., Tempelhofer Berg.**
 Telephon-Anschluß: Amt VI Nr. 4419.
 Zur Feier des Anstichs 1891 am Sonnabend, den 21. Februar bei großem Eröffnungs-Concert, ausgeführt vom Musikcorps des 1. Garde-Drägoner-Regiments (Königin von England) unter Leitung des Herrn Voigt
 in den festlich decorirten Sälen **Alt-Berlin auf dem Bock!** Humoristisch historische Rück-Erinnerung.
Anfang 5 Uhr.
Sonntag: Grosses Doppel-Concert,
 ausgeführt von dem Musik-Corps des 1. Garde-Drägoner-Regiments und des 4. Garde-Regiments zu Fuß. **Anfang 4 Uhr.** 198L

Bockbier. Der Versand begann **Sonnabend,** den 14. Februar. **Bockbier.**

Spandauerberg-Brauerei
 vorm. C. Bechmann, Westend bei Charlottenburg.

Bockbier. Von Sonnabend, 15. Februar ab in beiden **Stabliements der Brauerei** Ausschank von Bockbier. Jeden Sonntag: **Militär-Concert.** **Bockbier.** Versand in Flaschen durch **Aug. Teetz, Chaussee-Strasse 2E.**

Empfehle mein reichhaltiges Lager von
Cigarren und Tabacken.
 Clara verw. Hasenclever
Chaussee-Strasse 49-50.

Möbel auf Theilzahlung **Hugo Lewent, Lothringerstr. 75.**

Steppdecken!!
 größte Auswahl!! am billigsten in **Emil Lafèvres Fabrik,** Berlin, Oranienstr. 158. 85 L.
 1 Posten **Schlafdecken** in kleinen Flecken.
 Stück 4, 6, 8 und 10 Mark.
Werth das Doppelte!!
 Illustr. Preisliste gratis u. franko.
 Verlaufe mein bekanntlich gutes Re-
 staurationsgeschäft. Auskauf gibt
 H. Ertler, Oranienstr. 182 L. (551b)

Schlosserei.
 Eine seit 18 Jahren bestehende, flott gehende größere Schlosserei. Spezial-Artikel: Einsteckschlösser, mit guter Rundschloß, ist Umstände halber sofort billig zu verkaufen. Nähere Auskunft ertheilt **Hochsprung, Münchebergerstr. 33.**
Nur 1 Mark.
 Klagen, Eingaben, Reklamationen, Rath im Juvit- und Strafsproceß. Einziehung von Forderungen. **Pollak,** jent Hauptstr. 7, I. Auch Sonntags.
 152 Schönhauser Allee 152
 15 kleine Wohnungen. 1611.
 Stube u. Küche. — 2 Stuben u. Küche.

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren
 181 L empfiehlt **Julius Apelt,** Sebastian-Strasse Nr. 27-28. Sol. Arbeit. Prompte Bedien. Bill. Pr.

Metallbüsten
 von 477b
Lassalle, Marx u. A.
 in sauberer Ausführung, 11 Zoll hoch, sind zu haben bei **Otto Goepel,** Ciseleur, Josephstr. 9.

Zur Einsegnung
 86 Schwarze Cachemirs gestreifte und gemusterte Stoffe zu billigen Preisen. P. Kochmann, Alte Jakobstr. 86.

Lexikon sucht z. kaufen J. Werner, postl. Postamt 27. (55 M)

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren.
 eigener Gr. Lager, bill. Preise.
Fabrik. Emil Heyn, Brunnenstraße 28, Hof parterre. Theilzahlung nach Uebereinkunft.

Platina-Abfälle jezt höchste Preise. **Bergwitz,** Dragonerstr. 27, n. Müngstr.

Schlosserei-Verkauf. (554 b) E. gut einger. Werkst. mit Kundsch. ist anderer Untern. halb. sol. z. verk. Adr. A. K. 30 Hauptpost Charlottenb.
Matthie's
 elegante Masken-Garderobe, Pringenstr. 15, 2 Tr., empfiehlt seine eleg. sowie komischen Kostüme zu soliden Preisen. Zu Aufführungen für Vereine Kostüme zu billigsten Preisen.
Dr. Hoersch, homöopath. Arzt
 Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonntag 8-10
 Hierzu zwei Postkarten

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

69. Sitzung vom 18. Februar, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: v. Böttcher, v. Berlepsch, Schumann.

Die zweite Verlesung der Gewerbe-Ordnungs-Novelle (Arbeiter-Schutz-Gesetz) wird fortgesetzt.

Die Debatte ist angelangt bei § 105 f, welcher der unteren Verwaltungsbehörde die Befugnis verleiht, im Falle eines zur Verhütung eines unverhältnismäßigen Schadens eintretenden, nicht vorherzusehenden Bedürfnisses der Beschäftigung von Arbeitern an Sonn- und Festtagen Ausnahmen von den Bestimmungen über die Sonntagsruhe für bestimmte Zeit zuzulassen. Nach Absatz 2 ist die Befugnis der betreffenden Behörde schriftlich zu erlassen, eine Abschrift derselben an der Betriebsstätte für die Arbeiter auszuhängen. Die Behörde soll nach Absatz 3 über die von ihr gestatteten Ausnahmen ein Verzeichnis führen.

Auer und Genossen (Soz.) wollen die Befugnis der Behörde für Genehmigung von Ausnahmen in jedem einzelnen Falle nur „auf höchstens vierzehn Tage“ gestatten.

Die nationalliberalen Abgg. Böttcher und Clemm beantragen, eine Bestimmung einzuschließen, wonach in den Fällen, wo derartige Arbeiten erforderlich werden, ehe die Erlaubnis eingeholt werden kann, der Gewerbetreibende verpflichtet sein soll, vor Beginn dieser Arbeiten schriftlich der Behörde Anzeige zu machen, welche dann nachträglich darüber entscheidet, ob die betreffende Arbeit gemäß § 105 f zu gestatten ist.

Abg. Stolle (Soz.): Nach den bisherigen Beschlüssen zweiter Lesung kann man von einer Sonntagsruhe nicht mehr reden. Namentlich die Thätigkeit der freien Kommissionskommission, der sich ja jetzt auch die Freisinnigen angeschlossen haben, wird schließlich dahin führen, daß aus dem Sonntag ein Werktag gemacht wird, und von der ganzen Sonntagsruhe nichts mehr übrig bleibt; das scheint mir die Signatur der ganzen Verhandlung zu sein. Das Kommissionsultra aller Ausnahmen wird hier in § 105 f geschaffen, der der unteren Verwaltungsbehörde das Recht zu weiteren Ausnahmen in ganz ungeheurer Weise verleiht. In jedem Falle, wo eine günstige Konjunktur auftritt, wird der Fabrikant die Unterbehörde überlaufen und ihr klar machen, daß ein unverhältnismäßiger Schaden entsteht, wenn er nicht vier, acht oder noch mehr Sonntage ununterbrochen arbeiten lassen kann. In Sachsen ist die untere Verwaltungsbehörde in den Städten der Bürgermeister, der mit den Fabrikanten verwandt, verschwägerte oder sonst in Interessengemeinschaft verbundene Beamte; der kann ja gar nicht anders, als das Vorhandensein eines unverhältnismäßigen Schadens in allen solchen Fällen anerkennen, und so ist es denn mit der Sonntagsruhe der Arbeiter gründlich vorbei. Die Regierung hat gewiß die gute Absicht gehabt, etwas Brauchbares für die Arbeiter zu schaffen. Nun aber kommen die Herren Industriellen mit ihren Forderungen, und Regierung wie Kommission suchen sich durch Hintertürchen zu deden. Die Regierung weiß doch offenbar von ihrem ersten Plane zurück, schweigt zu diesen immer lauter erhobenen Forderungen der Industrie und läßt es so geschehen, daß ihre gute Absicht vereitelt wird. Lassen Sie wenigstens diese neue Befugnis der unteren Verwaltungsbehörde durch unsern Antrag einschränken. Was heißt: auf bestimmte Zeit? Ist das ein Monat, ein Quartal, ein Jahr? Nehmen Sie unsern Antrag an, dann wird wenigstens etwas für die Arbeiter gewonnen werden. Möge der Reichstag endlich einmal ein „Bis hierher und nicht weiter!“ aussprechen.

Reg.-Rath Wilhelm weist den gegen die verbündeten Regierungen gerichteten Angriff als unbegründet zurück. Die Fassung des § 105 f sei eine durchaus präzise; sie schränke die zu gestattenden Ausnahmen durch so erhebliche Kautelen ein, daß ein Mißbrauch nicht zu befürchten sei. Die 14 Tage, welche die Sozialdemokraten gestatten wollen, reichen nicht aus. Ueber die gestatteten Ausnahmen, die Zahl der beschäftigten Arbeiter, die Dauer der Arbeit, die Dauer und die Gründe der Erlaubnis müsse ein Verzeichnis geführt und dem revidierenden Beamten auf Erfordern jederzeit vorgelegt werden.

Abg. Böttcher (nall.): Der § 105 f ist nicht ein Bruch in das Prinzip der Sonntagsruhe, sondern soll nur den Eintritt eines unverhältnismäßigen Schadens abwehren. Dieser Begriff ist ja ein etwas vager, aber doch jedenfalls enger aufzufassen, als der bisherige Ausdruck der Gesetzgebung „dringliche Arbeiten“. Die Einschaltung, welche ich beantragt habe, halte ich für unentbehrlich. Es kann doch in der Nacht zum Sonntag oder am Sonntag Abends dieses nicht vorherzusehende Bedürfnis eintreten, und die Möglichkeit der Einholung der Erlaubnis ist dann schlechterdings nicht mehr möglich. Für diesen Fall wollen wir die Möglichkeit schaffen, den Arbeitgeber zum Beginn der Arbeit auf seine Gefahr zu ermächtigen. Die Befugnis des Mißbrauchs kann Gefahr zu ermächtigen. Die Befugnis des Mißbrauchs kann Gefahr zu ermächtigen. Die Befugnis des Mißbrauchs kann Gefahr zu ermächtigen.

Die untere Verwaltungsbehörde kann selbst benutzten muß. Die untere Verwaltungsbehörde kann selbst benutzten muß. Die untere Verwaltungsbehörde kann selbst benutzten muß.

Es würde damit dem Schiedsman, dem Mißbrauch Thor und Thor geöffnet werden. Der sozialdemokratische Antrag sei ebenfalls abzulehnen, weil er die gebotene Latitudo zu sehr beschränke. Den allgemeinen Ausführungen des Abg. Stolle nachzufolgen, sei recht schwierig, da sie immer wieder in die Generaldiskussion zurückfallen. Aber das müßte ihnen doch entgegen werden, daß das Prinzip des Arbeiterschutzes bereits seit 1869 in der Gewerbe-Ordnung stehe, daß es weiter ausgebaut worden sei, und daß von einem Drängen des Arbeiterhandes daraufhin, daß überhaupt in dieser Beziehung endlich ein Anfang gemacht werde, gar nicht die Rede sein könne, namentlich in Anwendung auf den Reichstag selbst. Könnte man die gesamten deutschen Arbeiter Mann für Mann befragen, was sie zu den sozialdemokratischen Vorschlägen sagen, so würde sich nur eine Widerheit dafür erklären. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Je weiter die Entwicklung Deutschlands zum Industriestaat vor sich geht, um so lebhafter müsse man die Sorge empfinden, daß die Industrie nicht aus einem Segen zu einem Fluch für unser Vaterland werde. Die Klage des Herrn Stolle über das neue Kartell sei ganz unbedeutend. Alle dem sogenannten Kartell Anträge gehörigen wollen, daß etwas zu Stande kommt, sie wollen den Gesetzesentwurf annehmen. Die Sozialdemokraten würden das nicht thun. Wäre es nach ihnen gegangen, so hätten wir auch das bisher Erreichte noch nicht. (Abg. Bebel: Viel besser wäre es dann!) Gewiß, in ihrem Sinne wäre viel besser; denn je schlechter es den Arbeitern geht, desto mehr blüht ihr Weizen. Den Sozialdemokraten wurde der Eintritt in die Subkommission freigestellt; sie lehnten das konsequenter Weise ab, weil sie mit der „reaktionären Masse“ der übrigen Parteien nicht partizipieren wollen. Wie können Sie sich darüber wundern, daß auch die anderen Parteien sich ihnen gegenüber als eine einzige Masse ansehe, welche die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung gegen Sie vertheidigen will? Den Antrag Böttcher lehnen wir ja übrigens ab und

beweisen damit allein schon die Sinnlosigkeit der Angriffe des Abg. Stolle. Die Unterbehörde ist gerade vermöge ihrer Kenntnis der lokalen Verhältnisse in der Lage, zutreffend und schnell zu entscheiden. Die gegen sie gerichteten Verdächtigungen des Herrn Stolle sind ohne Halt.

Vizepräsident Graf Vassekrem ersucht die Redner aller Parteien, mit Rücksicht auf die Zeit und die Geschäfte des Hauses Rücksicht in die Generaldiskussion, wie sie soeben stattgefunden, in Zukunft thunlichst zu vermeiden. (Beifall.)

Abg. Böttcher (Soz.): Ich hätte allerlei auf dem Herzen, um der Legendenbildung von dem neuen Kartell, zu dem auch die freisinnige Partei gehören soll, entgegenzutreten, verspare mir das aber, der Mahnung des Präsidenten entsprechend, bis zur dritten Lesung auf. Den Antrag Böttcher kann ich nicht annehmen; er würde thörsächlich eine starke Durchlöcherung der Bestimmungen über die Sonntagsruhe in das Belieben der Unternehmer selbst stellen. Ohne Fristbestimmung ist mir der § 105 f noch bedenklicher, als er an sich schon ist. Da aber 14 Tage, wie sie die Abgg. Auer und Genossen wollen, von vielen Seiten als ein zu kurzer Zeitraum bezeichnet wird, so ließe sich ja für die dritte Lesung noch eine Vereinbarung finden. Für jetzt werde ich dem Antrag Auer zustimmen.

Abg. Bebel: Nach der dringenden Ermahnung des Präsidenten verzichte ich für jetzt auf eine Widerlegung der allgemeinen Bemerkungen des Abg. Hartmann, werde sie aber in der dritten Lesung mit Zins und Zinseszins bringen. Nur bemerke ich, daß in der Verlesung der Steuer- und Wirtschaftsreformer Herr Mirbach sich über die Vorlage und ihre Motive ganz anders aussprach als Herr Hartmann und fast wörtlich mit den Ausführungen Stolle's übereinstimmte. Wir beteiligten uns nicht an der Subkommission, weil wir voraussehen, es handle sich darum, Beschlüsse zu fassen, die die Vorlage der Majorität mündgerecht machen sollen. Der Regierungsrath Wilhelm protestirt dagegen, daß dieser Paragraph die Sonntagsruhe im Wesentlichen beseitigt. Die Regierung und die anderen Parteien dieses Hauses stehen wesentlich auf dem Standpunkte der Arbeitgeber, meine Partei aber vertritt die Interessen der Arbeiter, und darum betrachten wir die Vorlage unter ganz verschiedenen Gesichtswinkeln; wir sind, auch von Leuten, die nicht meiner Partei angehören, zahlreiche Zuschriften zugegangen, in denen die Beschlüsse zu dieser Vorlage getadelt werden. Der Regierungskommissar fand in Bezug auf diesen Paragraphen gegenüber dem wesentlichen Unterschied der Vorlage gegenüber dem bestehenden Recht darin, daß in diesem vom „dringenden Bedarf“ die Rede ist, wo in jener der „unverhältnismäßige Schaden“ gesagt ist; das ist aber gar kein Unterschied, sondern in der Praxis wird sich beides als das Nämliche herausstellen. Hier sollen nun die unteren Verwaltungsbehörden zu entscheiden haben, aber das sind doch schließlich auch bloß Menschen, und sie werden nicht im Stande sein, richtige Entscheidungen zu treffen, zumal die Arbeitgeber schlau genug sind, wenn sie am Sonntage arbeiten lassen wollen, auch eine gehörige Motivierung dafür zu finden. Ein Arbeitgeber thut es dem anderen voraus, und schließlich ist es dahin gekommen, daß schon viele Arbeiter die Sonntagsarbeit für selbstverständlich halten. Denken Sie ferner den Fall, daß schon Jemand, was ja Sie Alle schon gethan haben würden, einen Schneider drängt, ihm ein Kleiderstück zu einem bestimmten Termine zu liefern. Dann wird der Schneider, um den Kunden befriedigen zu können, die Erlaubnis zum Sonntagsarbeiten nachsuchen, und um ihm nicht den Verlust des Kunden zuzufügen, wird diese Erlaubnis auch gegeben werden. Dem gegenüber ist es eine sehr mäßige Forderung, daß solche Ausnahmen sich nur auf 14 Tage erstrecken dürfen. Wenn die Arbeit so drängt, daß Sonntagsarbeit eintreten muß, so wird selbstverständlich der Arbeitgeber auch Nacharbeit eintreten lassen, und es wird also, wenn gar keine Zeitbeschränkung eintritt, den durch übermäßige Wochentagsarbeit entrüsteten Arbeitern auch noch die Sonntagsruhe genommen. Nun kommt gar der Antrag Böttcher. Wenn Sie den annehmen, so wird die Sonntagsruhe bis auf den letzten Rest beseitigt. Die untere Verwaltungsbehörde wird auch schwer entscheiden können, ob der Arbeitgeber im guten Glauben gehandelt hat. Allgemein wird sie milderherzig annehmen, daß es der Fall war, aber auch im entgegengesetzten Falle, wenn sie eine Strafe verhängt, so wird es der Arbeitgeber doch auf eine Bestrafung ruhig ankommen lassen, weil der Vorbehalt der Sonntagsruhe nicht bloß auf dem Papier stehen bleiben, dann bitte ich Sie unsern Antrag anzunehmen.

Reg.-Rath Wilhelm betont diesen Ausführungen gegenüber, daß Arbeiten dringlich sein können, ohne daß ihre Unterlassung einen unverhältnismäßigen Schaden brächte; solche Arbeiten würden einfach nicht unter den § 105 f fallen. Aber damit ist ja die Reihe der Kautelen noch lange nicht erschöpft. Die Dehnbarkeit der Bestimmung wegen der Frist ist begründet in den verwickelten Verhältnissen des Gewerbetreibenden, welche nach einer einheitlichen Schablone eben auch an dieser Stelle nicht geregelt werden können.

Abg. Böttcher befreit dem Abg. Bebel das Recht, alle Parteien außer der sozialdemokratischen als Vertreter des Unternehmerinteresses hinzustellen. Die nationalliberale Partei vertritt gleichmäßig die Interessen der Arbeiter und Arbeitgeber und glaubt damit am besten dem sozialen Frieden zu dienen. Der Antrag sei nur mit 11 gegen 10 Stimmen in der Kommission abgelehnt worden.

Abg. v. Stamm (Rp.): Ich habe in der Kommission für den Antrag gestimmt, aber schon damals erhebliche Bedenken gegen denselben gehabt. Ich werde ihn heute ablehnen, da es sich hier um Eventualitäten handelt, die nur ganz selten eintreten, und es zu einem guten Ende nicht führen kann, wenn alle diese kleinen Nebenrücksichten zum Gegenstande besonderer Anträge und besonderer Beschlußfassungen machen wollten.

Abg. Stolle (Soz.): Nach dem Wunsche des Präsidenten will auch ich auf die allgemeinen Bemerkungen des Abg. Hartmann nicht eingehen. Meine Bedenken gegen den § 105 f sind nicht widerlegt. Eine Verbesserung des jetzigen Zustandes bedeutet derselbe keineswegs, in Sachsen z. B. besteht schon dieselbe Bestimmung. Mit der Verlegung an die oberen Verwaltungsbehörden haben wir in Sachsen schlechte Erfahrungen gemacht, denn nach dem Muster des Puttkamer'schen „sodort“ dauert die Entscheidung der oberen Behörde immer ziemlich ein halbes Jahr. Ueber die Verlegung gegen eine Kreishauptmannschaft anlässlich einer Wahl wurde erst nach vier Monaten entschieden, nachdem der betreffende Abgeordnete schon längst in der Kammer gesessen hatte und sein Mandat sogar von der Kammer laffirt war. In Sachsen sind Bürgermeister nicht wiedergewählt worden, weil sie nicht genügende Rücksicht auf die Bourgeoisie nahmen. Die Beständen haben es immer in der Hand, die Wiederwahl eines Bürgermeisters zu verhindern. Es heißt nach dem Spruchwort: „König absolut, wenn er unseren Willen thut“, hier: „Bürgermeister absolut, wenn er für die Fabrikbesitzer eintritt“. Der Bürgermeister wird, um sich eine feste Freundschaft zu sichern, immer den Leuten zu Willen sein. Sie setze hier in das Gesetz einen Keil, mit dem Alles, was darin zufriedenheit nicht beseitigen. Der Abg. Böttcher sagt, wir vertritt einseitig die Interessen der Arbeiter. Aber unsere Anträge zu den einzelnen Paragraphen sind Beweis genug, daß wir auf

alle nur möglichen Fälle Rücksicht nehmen. Wir haben überall, wo es notwendig ist, Ausnahmen zugelassen, aber darüber können wir nicht hinausgehen. Wer es ehrlich mit den Arbeitern meint, muß sagen: Bis hierher und nicht weiter!

Abg. Hartmann stellt in Abrede, daß Graf Mirbach in der Verlesung der Steuer- und Wirtschaftsreformer irgendwie abweichende Ansichten bezüglich der Auffassung der Vorlage auf konservativer Seite kundgegeben habe.

Sächs. Geh. Rath Bodel verwahrt die sächsischen Behörden gegen den vom Abg. Stolle allgemein erhobenen Vorwurf, daß bei denselben ein förmliches Verschleppungsverfahren eingeiffen sei.

Abg. Stolle: Der Vorredner giebt selbst zu, daß in einem Falle eine Verschleppung vorliegt, die aber anderen Faktoren zuzuschreiben sei. Nun ist aber jede Beschwerde wegen Verletzung des Wahlrechtes in Sachsen bei der Kreishauptmannschaft anzubringen, und hier hat man die Beschwerde so lange liegen lassen, bis über die Wahl überhaupt entschieden war, und dann erst erklärt, daß man inkompetent sei. Ferner habe ich seit Aushebung des Sozialistengesetzes in meinem Wahlkreise noch nicht eine Versammlung abhalten dürfen. (Präsident v. Levetzow: Das gehört doch wirklich nicht zu dem Gegenstand unserer Verathung.)

In der Abstimmung wird der Antrag Auer gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und eines Theils der Freisinnigen, der Antrag Böttcher gegen die Stimmen der Nationalliberalen abgelehnt, § 105 f unverändert angenommen.

§ 105 g bestimmt, daß das Verbot der Sonntagsruhe durch kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesraths auf andere Gewerbe ausgedehnt werden kann. Diese Verordnungen sind dem Reichstag zur Kenntniss vorzulegen. Die nach §§ 105 c bis 105 f zugelassenen Ausnahmen sollen Anwendung finden.

Abg. Bayer (Wollsp.) äußert schwere Bedenken gegen diese Vorschrift. Nach § 105 i soll das Gast- und Schankgewerbe, sowie das Verkehrs- und Transportgewerbe von den Bestimmungen des Gesetzes ausgeschlossen sein. Soll es nun zulässig sein, durch einfache kaiserliche Verordnung für das Gewerbe das Verbot der Sonntagsarbeit auszusprechen? Es möchte das zu Konsequenzen führen, die unsere gesammte Lebensführung und Lebenshaltung gewaltig ändern würden. Und da soll der Reichstag sich der Mitwirkung enthalten? Man könne zu dem Bundesrath das beste Vertrauen haben und müsse doch solchen Beschlüssen das größte Mißtrauen entgegenbringen. Nicht immer sei der Bundesrath seinen Wirtschaftspolitiken habe seine Anschauung von Woche zu Woche gewechselt, die Vorlagen kamen mit einem halben Dutzend Sähen, die sich noch dazu alle unter einander widersprachen, an uns, oder es blieb die Begründung ganz aus und wurde uns nachgeliefert; kurz der Bundesrath machte alles mit, was damals von der leitenden Stelle beabsichtigt wurde. Oft habe er (Redner) in jenen Tagen zum Bundesrath aufgeschaut, in ihm den ruhenden Pol in der Entscheidung flucht vermuthet; aber seine Hoffnung sei innerlich geblieben. (Weiterkeit.) Das könne wieder so kommen. Die Volkspartei könne es deshalb nicht über sich gewinnen, aus praktischen und Bequemlichkeitsrücksichten auf das Recht der Mitwirkung zu verzichten. (Beifall links.)

Handelsminister von Berlepsch: Ein etwas festerer Punkt in der Entscheidung flucht ist der Bundesrath denn doch, als ihn Herr Bayer darstellt. Nach dem Wortlaut dieses § 105 g können allerdings auch andere Gewerbe gemeint sein, als die unter die bisherigen Beschlüsse fallenden. Die Bedenken des Vorredners wurzeln in der in der Kommission abgegebenen Erklärung, wonach „zunächst“ von einer solchen Ausdehnung auf andere Gewerbe nicht die Rede sei. Ich gebe zu, daß dieses Wort zu solchen Deutungen Veranlassung geben kann und daher fallen zu lassen ist. Das aber Gast- und Schankgewerbe, sowie Verkehrs- und Transportgewerbe, eines schönen Tages durch kaiserliche Verordnung den Bestimmungen über die Sonntagsruhe unterstellt werden können, ist durch das Gesetz nach § 105 i selbst ausgeschlossen. Im Uebrigen bitte ich Sie, den betreffenden Paragraphen anzunehmen.

Abg. Krause (Dr.): Ich habe trotz der eben erfolgten Erklärung des Ministers die Meinung, daß ganz unzweifelhaft nach dem Wortlaut des § 105 g die Ausdehnung der Sonntagsarbeit auch auf die von dem Abg. Bayer erwähnten Gewerbe werde erfolgen können, und in dieser Richtung haben sich auch die Erklärungen der Regierungsvorredner in der Kommission bewegt. In der Kommission hat man bei § 105 g in erster Linie an die Hausindustrie gedacht. Jedenfalls können wir die Sache dem Bundesrath nicht allein überlassen, zumal wenn man bedenkt, wie der Bundesrath sich so lange, einem gewissen Einflusse gehorchend, gegen jede Arbeiterschutzes-Gesetzgebung gestraubi hat. Will man eine Regelung der Verhältnisse auf den von Bayer erwähnten Gebieten, so müge man den Weg der Gesetzgebung beschreiten. Auch die Befugnis des Reichstags zur nachträglichen Aukerkräftigung kann nicht genügen; wir beantragen die Ablehnung des ganzen § 105 g.

Abg. Singer (Soz.): Wir werden für die Kommissionsvorlage stimmen. Wir stehen nicht unter dem Verdacht, den Rechten des Hauses Eintrag thun zu wollen, aber für uns treffen hier konstitutionelle Bedenken nicht zu. Weil wir den Arbeiterschutzes fördern wollen, stimmen wir allen Bestimmungen zu, welche diese Absicht in erweitertem Umfange verwirklichen. Die Beschlüssen der Vorredner von der linken Seite werden schon durch den Satz des § 105 g beseitigt. Danach sind alle Ausnahmen der §§ 105 c-105 f zulässig. Nun könnte aber jetzt bereits eine Prämie darauf sehen, ob es nach den bisherigen Beschlüssen noch ein Gewerbe giebt, welches nicht von den Ausnahmen getroffen wird; um so grundloser sind alle diese Besorgnisse. Noch mehr freilich schwindet für uns der Werth dieser Vorschrift nach den Erklärungen des Handelsministers. Bis zu der jetzigen Diskussion glaubten wir bei den verbündeten Regierungen ein stärkeres Bestreben auf Ausdehnung der Sonntagsruhe zu haben als bei der Vertretung der herrschenden Klassen hier im Reichstage vorhanden. Trotz dieser Ab schwächung stimmen wir für § 105 g, um die Regierung daran zu erinnern, das Recht zu brauchen, das ihnen eingeräumt ist. Das Volk wird uns die Einschränkung der Rechte der Volkvertretung, wenn es eine ist, sehr gern verzeihen, denn sie bedeutet nichts Anderes, als eine Einschränkung des Klasseninteresses. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dirsch: Herr Singer giebt uns der Vertretung nackter Klasseninteressen willen das wichtigste Recht der Volkvertretung preis, die Mitwirkung an der Gesetzgebung. (Sehr gut! links; Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die verbündeten Regierungen nehmen das Interesse der Arbeiter mehr wahr, als der Reichstag, diesen Anspruch hätte man von jener Seite nicht erwarten sollen. Wie das politische, scheint auch das soziale und wirtschaftliche Programm der Sozialdemokratie stark durchlöcher zu sein. Jener Anspruch widerspricht alledem, was von dem Einfluß der herrschenden Klassen auf die Regierungsorgane von eben derselben Seite gesagt ist, wenn jetzt der Bundesrath als Nothanker für den Schutz der Arbeiterinteressen erklärt wird. Durch den Wortlaut des § 105 g wird dem Reichstag einfach sein Recht der Mitwirkung an der Gesetzgebung entzogen. Das kann nicht im Interesse des Arbeiterschutzes sein. Jedes Jahr lang haben wir auf das Arbeiterschutzesgesetz gewartet, und jetzt sollen wir den Bundesrath allein wahlen lassen, die weitere Ausdehnung des Gesetzes ihm allein

darum könne man schon an eine derartige allgemeine Vereinigung garricht denken. So ungefähr waren die Ausführungen der verschiedenen Redner. Nach dem Schluß der Debatte wurde beschlossen, die Konferenz durch drei Delegierte zu beschließen. Gewählt wurden dazu die Kollegen Minikien, Schweiker und Hohlwegler. — Es erhielt nun Herr Hohlwegler das Wort zur Berichterstattung über die Tätigkeit der Berliner Streik-Kontrollkommission. Er wies auf die großen Hoffnungen hin, welche sich so mancher Arbeiter bei der Gründung der Kommission gemacht. Von dem, was man damals von der Tätigkeit der Kommission erhofft, sei nicht in Erfüllung gegangen. Auf der einen Seite sei hieran wohl das preussische Vereinsgesetz schuld, auf der anderen Seite bildete das Fehlen genügender Geldmittel ein großes Hindernis. Im Großen und Ganzen sei die Kommission ein viel zu schwächerer Apparat; sie habe es nicht mal fertig gebracht, die Frage der Gelderbringung richtig zu regeln, außerdem habe sie sich mit Fragen beschäftigt, die sie als Streik-Kontrollkommission gar nicht angingen. Dazu gehört die Lokalfrage, sowie die der verschiedenen Boykotts, namentlich aber des Boykotts, welcher sich gegen die dem Gastwirtsgehilfen-Verein nicht angehörenden Kellner richtete. Redner giebt zum Schluß, nachdem er noch näher auf die verschiedenen Angelegenheiten, welche die Kommission während der Zeit ihres Bestehens erledigt hat, eingegangen, der Meinung Ausdruck, daß die Kommission so viel wie gar nichts bis jetzt geleistet habe und nie etwas leisten werde. Nachdem noch mehrere Redner im selben Sinne gesprochen, wurden folgende Resolutionen angenommen: 1. Die Versammlung beschließt, daß das Mandat der beiden Delegierten der Maler und verw. Berufsgehilfen zur Berliner Streik-Kontrollkommission mit dem heutigen Tage zurückgezogen ist. Die Versammlung erklärt sich mit der Tätigkeit des Koll. Hohlwegler in der Kommission einverstanden, da derselbe dortselbst im Sinne der Maler, Kunstreicher und verw. Berufsgehilfen gehandelt hat. 2. Die Versammlung erklärt, daß sie über den Antrag des Gastwirtsvereins, nur in solchen Lokalen zu verkehren, deren Besitzer dem betreffenden Verein angehören, sowie über den Beschluß der Berliner Streik-Kontrollkommission, die Kellner betreffend, zur Tagesordnung übergeht. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Am Sonntag tagte in Knebel's Salon eine bis auf den letzten Platz gefüllte öffentliche Versammlung für Männer und Frauen. Die Leitung wurde Genossen Heimann übertragen. Herr Julius Tark hielt einen Vortrag über Frauenbefreiung. In der Diskussion forderte der Vorsitzende die Gegner auf, sich zum Worte zu melden. Trotzdem mehrere Mitglieder des freisinnigen Arbeitervereins „Roabit“ anwesend waren, getrauten sich die Herren nicht, gegen folgende Resolution zu stimmen: Die heutige öffentliche Versammlung von Frauen und Männern erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Sie verspricht, thätig für die Befreiung der Frau aus dem kapitalistischen Joche einzutreten. Ferner ist die Versammlung der Überzeugung, daß nur durch Anschluß an die sozialdemokratische Partei etwas zu erreichen ist. Mit einem dreifachen Hoch auf die völkervereinende Sozialdemokratie schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Die Freie Vereinigung der Seifenfieber und Berufsgehilfen Berlins und Umgegend hielt am 8. Februar ihre Mitglieder-Versammlung mit der Tagesordnung: Vortrag des Herrn W. Werner über Invaliditäts- und Altersversicherung, Diskussion, Einrichtung der Monatsbeiträge, Aufnahme neuer Mitglieder, Vorstandswahl, Verschiedenes, ab. Da Genosse Werner nicht erschienen, es auch nicht einmal der Mühe für werth gehalten hat, den Vorsitzenden davon zu benachrichtigen oder einen anderen Referenten zu schicken, so sprach die Versammlung ein härtestes Mißtrauens-Votum gegen Genossen Werner aus. Bei der Vorstandswahl wurden wiedergewählt: W. Hoffmann, erster Vorsitzend., M. Williger, zweiter Vorz.; P. Hentschel, Rentant; G. Laßke, zweiter Schriftführer; Haberland, Beisitzer; Borstian und Jüdel, Revisoren. Neugewählt wurden Gabbei, erster Schriftführer; Schäfer, zweiter Rentant; A. Mandel, Beisitzer; Damian, Revisor; F. Bischof, Bibliothekar. Zu Verschiedenem sprachen mehrere Kollegen, auch wurde ein großer Theil der Velleis zum Stützpunkt ausgegeben. Ferner erfuhr die Versammlung unter den indifferenteren Kollegen täglich zu agitieren, damit die Zahl der Mitglieder recht bald um das Doppelte vermehrt wird. Denn der größte Theil der Kollegen steht der Vereinigung noch fern. Dann schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung die Versammlung.

Der allgemeine Arbeiterinnenverein sämtlicher Berufsgehilfen Berlins und Umgegend hielt am Dienstag, den 3. Februar, eine öffentliche Versammlung ab. Diefelbe war leider schwach besucht. Herr Theodor Meyer hielt einen Vortrag über: „Der erste Mai.“ In ausführlicher Weise legte der Vortragende die Gründe dar, welche die Arbeiterklasse aller Länder bewegen haben, eine erhebliche Verkürzung der Arbeitszeit zu fordern. Der internationale Arbeiterkongress zu Paris im Jahre 1889 habe beschlossen, daß die Lage der Arbeiter aller Länder eine gleich schlechte sei, den achtstündigen gesetzlichen Normalarbeitszeit mit allen zulässigen Mitteln zu erstreben, und zur Dokumentierung dieser Forderung den ersten Mai eines jeden Jahres als Feiertag des internationalen Proletariats zu betrachten. Die dringendste Frage sei gegenwärtig die, in welcher Weise der 1. Mai d. J. gefeiert werden soll.

Die Folgen des 1. Mai v. J. waren großartige Kämpfe in Form von Aussperrungen und Nachtheile, die theilweise heute noch nicht ganz ausgeglichen sind. Es empfehle sich daher den Tag für Deutschland nicht durch Arbeitsruhe, sondern Demonstration am ersten Sonntag im Mai zu feiern, und zwar empfehle Redner eine ähnliche Feier wie sie der 30. September resp. 1. Oktober 1890 für Berlin gestattet hat.

In der Diskussion sprachen sich die Damen Fel. Wabnitz, Frau Scherzer und Frau Sumana und die Herren Stadernack, Schlüter, Pinn und Treuberg im Sinne des Referenten aus. Mit einem Hoch auf das Gedächtnis des Vereins wurde die Versammlung geschlossen.

Der Allgemeine Metallarbeiter-Verein hielt am 4. Febr. in „Süd-Ost“ eine gut besuchte Mitglieder-Versammlung ab, in der Herr Bruns über die Entwicklung des Sozialismus sprach. In der Diskussion sprachen sämtliche Redner im Sinne des Referenten. Der Vorsitzende macht bekannt, daß in der nächsten beschließenden Versammlung die Statistik veröffentlicht wird. Man wird dann sehen, wie groß der Verdienst der Metallarbeiter ist; er erwähnt hierbei die Recherchirung der Polizeibehörde, betreffs Feststellung der Zahl der Arbeitslosen in Berlin, wo viele Arbeiter sozusagen, sie hätten Arbeit, um nicht für arbeitslos erklärt zu werden. Ebenso unzuverlässig verhält es sich mit der Kontrolle über die Sonntagsarbeit, denn die meisten Fabrikanten, wenn sie auch Sonntags arbeiten lassen, werden diese Frage mit Nein beantworten; auch hierüber wird die Statistik Auskunft geben. Redner bittet, daß jeder seinen Verpflichtungen dem Verein gegenüber nachkommen möge, da in nächster Zeit eine Veränderung in den Berliner Metallarbeiter-Vereinen eintreten werde.

Auf die Frage, betreffs des Eckstein'schen Streiks, wurde erwidert, daß nur ein Kollege mit einem persönlichen Wunsch an den Vorstand herantreten sei; zwei von den vier Arbeitern, welche die Arbeit niedergelegt hatten, haben sofort wieder angefangen; Unterstützung hätten dieselben so wie so nicht erhalten, weil dieselben nicht nach den Statuten gehandelt haben. Dies mögen sich die Mitglieder auf alle Fälle merken. Mit einigen ermunternden Worten zur regen Agitation für die Arbeiterklasse schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Im Lehrkursus der Bremer Arbeiter und Arbeiterinnen zur ersten Hilfe bei Unglücksfällen (männliche Abtheilung) sprach der leitende Arzt, Herr Dr. Bernstein, über Vergiftungen und Ersticken. Bei starken Säuren wendet man in Wasser gerührte Kreide, doppelt kohlensaures Natron, Seifenwasser an. Bei starken Laugenvergiftungen saures Glimmerwasser, Zitronensaft; bei Arsenik (Fliegen Gift) sehr verdünnte Kalkmilch; bei Phosphor (der Athem leuchtet) abgerabnte Milch, nichts fettes. Bei Vergiftung durch Pflanzengifte, z. B. durch Opium, Morphinum, Strychnin, Stachysel, Tollkirsche, Wilsenkrant, Fingerhut, Zabel, giftige Pilze giebt man starken Kaffee, Eis auf den Kopf, Senf auf die Herzgrube, den Magen, die Waden; man soll den Kranken nicht einschloffen lassen. Bei Chloroform-Vergiftung wird besonders künstliche Athmung angewandt. Bei Ersticken wurden verschiedene Arten der Rettung erklärt und die Hilfeleistungen geübt. Der Vorsitzende machte bekannt, daß das Stützungsfest am 14. März cr. bei Feuerstein stattfindet. Nächste Versammlung (männliche Abtheilung) am 26. Februar cr. bei Feuerstein. Gatte willkommen.

Eine öffentliche Versammlung für Frauen und Männer tagte am Sonntag unter Leitung des Herrn Sandermann. Den Vortrag des Abends hielt Genosse Wilde über „Henrich Ibsen's Dramen Nora und Gespenster“. Da weiter nichts vorlag, wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die völkervereinende Sozialdemokratie geschlossen. Tanz und Vorträge hielt die Theilnehmer noch lange zusammen.

Eine vom Leseklub „Karl Marx“ einberufene öffentliche Versammlung für Männer und Frauen fand am 8. Februar auf dem Bod statt, in welcher Herr Dr. Bernstein über das hochschöne Hellverfahren sprach. Der Andrang zur Versammlung war so stark, daß Hunderte abgewiesen werden mußten. In der Diskussion empfahl Herr Schlachter das Naturheilverfahren. Genosse Meyer griff die Ärzte in der bestigsten Weise an. Im Schlußwort wies Referent die Angriffe Meyer's als ungebührig zurück.

Eine große öffentliche Versammlung der gewerblichen Hilfsarbeiter Berlins und Umgegend tagte am 16. Februar im Saale der Ahrens'schen Brauerei. Das Referat hatte Genosse Thierbach übernommen. Derselbe hatte als Thema: „Das kapitalistische Produktionsystem und dessen Beseitigung“ gewählt und erzielte reichen Beifall. An der Diskussion beteiligten sich mehrere Genossen, welche sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärten und gleichfalls reichen Beifall erhielten. Nach einigen Schlußworten des Referenten beschloß die Versammlung, zum Zwecke der Agitation weitere Vortragsabende zu veranstalten. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie schloß der Vorsitzende, Herr Krenzl, die Versammlung.

In der letzten Mitglieder-Versammlung des Militärschneider-Vereins hielt Genosse Feldmann einen Vortrag über Gemeinbetheiligung der Arbeiter, der großen Beifall fand. Kollege Jerwin forderte alle Kollegen auf, die schlechten Blätter abzuschaffen und nur auf den „Vorwärts“, die „Berliner Volks-Zeitung“ und die Fachzeitung der Schneider zu abonnieren. Hierauf schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf das Gedächtnis des Vereins.

Eine öffentliche Versammlung der Albumarbeiter und Arbeiterinnen tagte am Mittwoch. Die Statuten wurden genehmigt. Der Verein führt den Namen: „Freie Vereinigung der Albumarbeiter und Arbeiterinnen Berlins“. Das Einschreibegeld beträgt 10 Pf. die wöchentlichen Beiträge 10 Pf. Zu provisorischen Vorstandsmitgliedern wurden gewählt als 1. Vorsitzender Kollege Herzogh, 1. Schriftführer Kollege Weisinger, 1. Kassierer Kollege Bahl, zu deren Stellvertretern und Beisitzern zwei Arbeiter und vier Arbeiterinnen, zu Revisoren Kollege Freudreich und Frau Auer.

Eine Mitglieder-Versammlung des Fachvereins der Tapezierer Berlins fand am 10. Februar statt. Kollege Freiwald hielt einen interessanten Vortrag, der großen Beifall fand. Unter „Verschiedenem“ theilt Kollege Freiwald mit, daß der Vertrag mit dem Oekonom der „Neuen Welt“, betreffs des Sommerfestes, abgeschlossen ist. Kollege Linstedt fordert zum Beitritt zur Arbeiter-Bildungsschule auf. Kollege Hartig macht bekannt, daß am 18. Februar eine öffentliche Tapeziererverammlung stattfindet und ersucht um rege Theilnahme. Zur Fachschul-Kommission wurden zwei neue Mitglieder gewählt und zwar die Kollegen Kühn und Jakob. Kollege Jast regt die Frage an, welche Stellung nehmen wir zum 1. Mai ein? Es wird beschlossen, die Entscheidung der öffentlichen Versammlung zu überlassen.

Der Verein der Wäsche- und verwandten Berufsgehilfen tagte am 9. Februar. Herr Tark sprach über Herenprojekte. Unter Verschiedenem brachten die Kollegen Grassfeldt und Koopmann den neu zu gründenden Zentralverein in der Wäschebranche in längerer Debatte zur Sprache, und der Plan fand allseitig befriedigende Anerkennung. In der Januar-Versammlung wurde, was nachzutragen wäre, beschlossen, den Hamburgern und den Glasarbeitern je 50 Mark zu überlassen.

Der Fachverein sämtlicher in der Firmenschilder-Branche beschäftigten Arbeiter hielt am 11. Februar eine Mitglieder-Versammlung ab, in welcher der Genosse Lehmann einen Vortrag über Eugen Richters Irreführen hielt.

Für Pankow, Schönhausen und Umgegend fand eine große öffentliche Volksversammlung am Sonntag in Albrechts Jägerhaus in der Schönhauser Allee, an der Grenze von Pankow, mit der Tagesordnung: „Das System der Lokalverweigerung“, Referent Stadtverordneter Otto Heindorf, statt. Ungefähr 30 Schulleute zu Fuß und zu Pferde waren zu dieser Versammlung aufgeboten. Der Saal fakte die zahlreich Erschienenen nicht und Hunderte mußten auf die Theilnahme an der Versammlung wegen Raumangels verzichten. Nach der Bureauwahl trat Genosse Heindorf sein Referat an. Er beleuchtete die Ursachen der Lokalverweigerung im Allgemeinen, welche einerseits in dem Bestreben der Kapitalmacht, das Versammlungsrecht der Arbeiter illusorisch und dieselben damit machtlos zu machen, andererseits in dem Indifferentismus der Arbeiter bestehen. Dann entwickelte Redner die Geschichte der Berliner Lokalbewegung, in welcher es dem einmüthigen Kampfe der Arbeiter gelungen ist, in ungefähr hundert Lokalen nicht mehr als Menschen zweiter Klasse betrachtet zu werden, sondern nach Bedürfnis Versammlungen abhalten zu können, und er kam zu dem Schluß, daß, wenn die Parteigenossen unentwegt weiter kämpfen für unsere große Sache, dann der Sieg unser werden muß. In der Diskussion fragte der Vorsitzende, ob Gastwirthe von Pankow und Umgegend anwesend sind und zu dieser Sache das Wort verlangen, worauf Herr Sander aus Pankow, welcher aus seinen Saal im Dezember v. J. zu einer Versammlung verlassen hatte, aber seitdem denselben beharrlich verweigert, sein Verhalten damit zu rechtfertigen suchte, daß er erklärte, nicht berechtigt zu sein, den Saal herzugeben. Das Lokal gehöre vielmehr dem Direktor der Volks-Brauerei zu Roabit, Herrn Gregorovius, und der hätte darüber zu verfügen. In dieser Sache berichtete die Lokalkommission, daß sie schon seit längerer Zeit mit Herrn Gregorovius in Verbindung stehe, daß diese Verhandlung aber bis jetzt kein befriedigendes Resultat zur Folge gehabt habe.

Nachdem sich noch mehrere Redner an der sehr lebhaften Diskussion beteiligten hatten und nach einem Schlußwort des Referenten, wurde folgende Resolution mit Einstimmigkeit angenommen: Die Volksversammlung für Pankow und Umgegend

erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verpflichtet sich, in Pankow und Umgegend nur bei solchen Gastwirthen zu verkehren, die ihren Saal zu Versammlungen hergeben oder Arbeiterblätter auslegen und danach zu streben, daß Vereine und Krankenkassen auch nur in solchen Lokalen tagen, insbesondere die Vorstände der genannten Vereine zu beauftragen, daß dieselben diese Resolution beachten und danach handeln.

Außerdem wurde beschlossen, eine Agitation dahin zu entfalten, daß in den Lokalen, die nicht zu Versammlungen zu haben sind, weder getrunken noch Bier getrunken wird, sowie insbesondere auch in Berlin dahin zu wirken, daß der Boykott über die Volksbrauerei in Roabit verhängt wird, bis der Saal in der Kaiser Friedrichstraße 50/51 zu Pankow, welcher dem Direktor dieser Brauerei, Herrn Gregorovius, gehört, den Arbeitern zur Verfügung gestellt wird. Die Anwesenden verpflichteten sich ferner, nur in solchen Lokalen zu verkehren, in welchen der „Vorwärts“ (Berliner Volksblatt) oder das in nächster Zeit erscheinende Blatt „Das werthvolle Volk“, Organ für die Kreise Niederbarnim, Oberbarnim und Teltow-Beeskow-Steinort, anliegt.

Nachdem Genosse Bilz unter „Verschiedenem“ die Genossen von Pankow und Umgegend aufgefordert, sich recht zahlreich an dem Les- und Diskussionsverein „Proletarier“, welcher jeden Dienstag nach dem ersten und fünfzehnten eines jeden Monats, Abends, im Lokale von Vorchardt, Pankow, Schulzestraße 28, tagt, zu betheiligen, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Hoch auf die internationale völkervereinende Sozialdemokratie.

Für Groß-Lichterfelde-Pankow und Umgegend tagte am Dienstag, den 3. Febr. cr. unter dem Vorsitz des Genossen Labjahn eine öffentliche Volksversammlung zwecks Gründung eines Volks-Bildungsvereins. Buchdrucker Wilh. Werner-Berlin referierte über: „Werth der Bildungsvereine für die Arbeiter.“ Die hochinteressanten Ausführungen des Referenten wurden von Seiten der Versammlung mit großem Interesse verfolgt, und es erzielte am Schluß seines Vortrages den Beifall der Anwesenden. An der Diskussion beteiligten sich mehrere Redner, welche sämtlich für die Gründung eines Volks-Bildungsvereins sich aus-sprachen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die öffentliche Volksversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten Genossen Wilh. Werner einverstanden und verpflichtet sich, mit aller Energie für die Gründung eines Volks-Bildungsvereins einzutreten. — In Erwägung, daß Besserung der heutigen Verhältnisse in wirtschaftlicher Beziehung nur von der Sozialdemokratie zu erhoffen ist, verpflichtet sich die Versammlung, die Partei durch freiwillige Beiträge materiell zu unterstützen. — Zum Punkt 3 der Tagesordnung: Wahl einer Statuten-Durchberatungs-Kommission, wurde folgender Antrag angenommen: Die Versammlung wolle zur Durchberatung der Statuten des gegründeten Volks-Bildungsvereins eine Kommission von 5 Mitgliedern wählen. Diese Kommission hat mehrere Listen auszufertigen, welche in den arbeiterfreundlichen Lokalen am hiesigen Orte zur Einzeichnung für diejenigen Arbeiter ausgelegt werden, welche Mitglieder des Vereins werden wollen. Innerhalb dreier Wochen hat die Kommission die eingezeichneten Personen zu einer konstituierenden Versammlung einzuladen, wo dann das Statut seine definitive Fassung erhält. Folgende Genossen wurden in die Kommission gewählt: Labjahn, Hinge, Bauer, Bolter und Böllner. — Unter Verschiedenem wurde auf die zum 1. April für den Wahlkreis Teltow-Beeskow erscheinende Arbeiterzeitung aufmerksam gemacht. — Zum Schluß nahm der Referent nochmals das Wort und kritisirte das Verhalten des Lokalbesizers Herrn Brunow und forderte die Arbeiterklasse von Gr. Lichterfelde-Pankow auf, diejenigen Lokalbesitzer mit ihrem Besuch zu benozigen, welche ihre Säle zu Versammlungen hergeben und Arbeiterblätter auslegen. — Mit einem stürmisch aufgenommenen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie schloß der Vorsitzende die von etwa 600 Theilnehmern besuchte Versammlung.

Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit Raum dafür abgeben ist, dem Subskribenten zur Verfügung, wenn er sich für Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie verwahrt sich aber gleichzeitiger dagegen, mit dem Inhalt desselben identisch zu werden.

Veranlaßt durch die Sprechsaalnotiz vom 11. Februar erklärte ich hierdurch in Sachen des Posamentier Carl Nöbden, daß derselbe nicht aus dem Fachverein ausgeschlossen werden konnte, da er zur Zeit gar nicht Mitglied desselben war. Doch wurde gleich nach dem 1. Mai im Fachverein der Antrag gestellt und angenommen: Nöbden wegen seiner gegen die Interessen des Vereins verstoßenden Handlungsweise und seiner Haltung am 1. Mai nie mehr in den Verein aufzunehmen. Als er dennoch im Versammlungslokal auftauchte, wurde ihm die Thür gewiesen. Der Ruf nach dem Staatsanwalt, den Herr Nöbden nach dem 1. Mai (S. 153) und auch jetzt wieder erdönen ließ, zeigt wohl allen Genossen, weß Geistes Kind Herr Nöbden ist.

Rudolf Rau.

Briefkasten der Redaktion.

Bei Anfragen bitten wir die Abonnements-Cassette beizulegen. Briefe ohne Annotat wird nicht ertheilt.

A. S., Grüner Weg. 6 Mark resp. 1,50 Mark.
C. W. III. Ihre Frau ist versicherungspflichtig.
R. A. Der Gläubiger hat nicht das Recht, bei einer Pfändung in der Wohnung des Schuldners zuzugreifen zu sein, wenn Bestreuer widerspricht.

A. W. Werner. Da Sie voranschließlich im Miethkontrakt ausdrücklich darauf verzichtet haben, wegen zeitweiser Entziehung der Wasserleitung Schadensersatz zu verlangen, so sind Sie an diesen Verzicht gebunden. Jedoch würde es sich empfehlen, bei der Polizei aus gesundheits- und feuerpolizeilichen Gründen Beschwerde zu erheben.

Der sogenannte kleine Belagerungszustand konnte nur auf Grund des jetzt abgelassenen Sozialistengesetzes vom Bundesrathe verhängt werden. Jetzt wäre nur noch in besonderen Fällen (z. B. bei Aufruhr, Kriegsgefahr u. dergl.) der große Belagerungszustand möglich.

Für die Mainzer Tischler. Parquetbodenleger der Firma Permo 9,50 M.

M. Wilschke 24,75 M. laut Postchein für die ausgesperrten Arbeiter abgeholt. Gefangener „Maltschöden“ Mitgl. d. S. S. Berlin N. 20. — M. Berliner (Schneelappe) 2,27 M. Cujohn u. Co. 1,50 M. Emma 24,75 ab Porto 20 Pf. 21,55.

S. A. J. 53. Derjenige Erbe, welcher sich demnachtheilig glaubt, kann beim Amtsgericht gerichtliche Erbauseinandersetzung verlangen. 2. Ihre zweite Frage ist unklar.

Genosse. Sie haften für den Schaden, der durch das Öffnenlassen des Wasserleitungsabzuges Ihrer Wohnung entstanden ist. Auch wenn die Wasserleitung abgesperrt war, mußte Ihre Frau den Hahn verschlossen halten.

Zwei Streitende. 1. 1 200 000 Frank. 2. 5 000 000 Th.

C. 35. Es kommt darauf an, in welcher Weise Ihre Kündigung angelegt ist. An sich ist eine Kündigung nicht erforderlich, sondern können Sie dasselbe sofort bei Ihrer Großjährigkeit angelegt verlangen. Wenn aber dasselbe z. B. hypothetisch mit bestimmter Kündigungsfrist angelegt ist, so wäre allerdings vor Ihrer Mündigkeit erfolgte Kündigung ohne jede rechtliche Wirksamkeit.

C. B. 77. Sie unterliegen der Altersversicherung.

J. 18. Bei monatlichem Gehalt darf der Gehel einen Abzug für die Sonn- und Feiertage, an welchen der Bezahlung nicht ist, war, nicht machen.